

Arbeitnehmer in der SVP Südtiroler Hochschülerschaft

STUDIEN TAGUNG ZUM THEMA

Ausbildung und Arbeitsmarkt im akademischen Bereich

- **Ord. Univ. Prof. Werner Clement:**
Funktion der Ausbildung auf Hochschulebene

- **Univ. Oberass. Dr. Dieter Lukesch:**
Kriterien zur Beurteilung der Arbeitsmarktsituation
im akademischen Bereich mit einigen Hinweisen auf Südtirol

- **Dr. Helmuth Ladurner:**
Die Auswirkungen der künftigen Ober- und Hochschulreform
auf Südtirol

- **Podiumsdiskussion zum Tagungsthema:**
Teilnehmer: B. Hosp, S. Kußtatscher, K. Mitterdorfer
Ch. v. Hartungen, G. Pallaver, R. Staffler

VORWORT

Zu den positiven Eigenschaften einer politischen Bewegung gehört nach Ansicht der "Arbeitnehmer in der SVP" die Bereitschaft zum Dialog. Keine Partei oder Organisation verfügt über absolute Wahrheiten. Die verschiedenen Meinungen und Interessen gilt es zu konfrontieren und zwar auch mit Kräften anderer Gesinnung. Bestand hat nur, was aus dem Dialog übrig bleibt.

Die "Arbeitnehmer in der SVP" haben es bedauert, daß die Kontakte zwischen Partei und Südtiroler Hochschülerschaft fast gänzlich abgebrochen waren. Aus diesem Grund haben sie es sich zum Ziel gesetzt alles zu unternehmen, um Parteiführung und Hochschüler wieder an einen gemeinsamen Tisch zu führen.

Eine geeignete Plattform konnte im Rahmen eines Seminars zum Thema: "Ausbildung und Arbeitsmarkt im Hochschulbereich" gefunden werden. Dabei wurde mit Hilfe namhafter Wissenschaftler ein konkreter Beitrag zur Versachlichung der aufgeworfenen Problematik geleistet.

Trotz der Unterschiedlichkeit der Positionen konnten darüber hinaus bestehende Vorurteile abgebaut werden.

Wir freuen uns, daß der Inhalt der Tagung über diese Broschüre, welche gemeinsam mit der Südtiroler Hochschülerschaft herausgegeben wird, nun auch allen Interessierten zugänglich gemacht wird.

DER LANDESBEAUFTRAGTE DER ARBEITNEHMER IN DER SVP
Dr. Erich Achmüller

Dem Thema Bildungspolitik und Universität im weitesten Sinne hat die SH naturgemäß immer schon sehr viel Aufmerksamkeit gewidmet. Deshalb haben wir, gemeinsam mit den "Arbeitnehmern in der SVP", eine Studientagung organisiert, mit dem Ziel, den Problembereich Ausbildung und Arbeitsmarkt im akademischen Bereich in Südtirol zu durchleuchten und aufzuarbeiten.

Die auf der Tagung gehaltenen Referate und die anschließende Podiumsdiskussion zwischen Vertretern der SVP und der SH stellen eine wichtige und solide Basis für die weitere Diskussion dar.

Mit dieser Broschüre sollen also die Ergebnisse dieser Tagung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht, und der Stand der Diskussion fixiert und als Grundlage brauchbar gemacht werden.

DER VORSITZENDE
DER SÜDTIROLER HOCHSCHÜLERSCHAFT
Reinhold Staffler



Brixen, 22. September 1979

Ord.Univ.Prof.Werner CLEMENT

FUNKTIONEN DER AUSBILDUNG AUF HOCHSCHUL-
EBENE

0) EINLEITUNG

Es ist schwer, emotionslos über Hochschulen im allgemeinen und in Südtirol im besonderen zu sprechen. Den Standort und die Funktion von Hochschulen in unserer Zeit zu bestimmen, erfolgt nahezu immer aus einer besonderen Einseitigkeit. Sie werden deshalb sicher von mir nicht ein wertfreies Bild gezeichnet bekommen können. Aber ich möchte, möglichst unabhängig von der nur tagespolitisch bestimmten Lage, versuchen, einige Entwicklungsrichtungen aufzuzeigen.

Gleich vorwegnehmend: Aus diesen Tendenzen ergibt sich meines Erachtens ohne weiteres die Aufgabe und der Platz für eine Hochschuleinrichtung in Südtirol. Nur darf man dabei nicht an der eindimensionalen Vorstellung einer "Universität traditionellen Typs festkleben. Es geht vielmehr um eine entsprechende Ausgestaltung innerhalb des tertiären Bildungsektors. Dabei ist auch gerade die politische und administrative Organisation einer solchen Hochschuleinrichtung von eminenter Bedeutung.

Gemäß diesen Vorbemerkungen sind folgende Punkte zu berühren:

- 1) Allgemeine Tendenzen und Entwicklungen des Bildungswesens und die Rolle der Hochschulen (und ihrer Reform) hier in
- 2) Ziele und Aufgaben der tertiären Bildung i.e.S.
- 3) Denkbare Funktionen und Inhalte von Hochschulen neuen Typs
- 4) Prinzipien der inneren und äußeren Organisation und Administration
- 5) Kritische Punkte eines Planungs- und Gründungsprozesses
- 6) Zusammenfassung in Thesen

1) ALLGEMEINE TENDENZEN DER ENTWICKLUNG DES
BILDUNGSWESENS UND DIE ROLLE DER HOCH-
SCHULEN

Bei der Beurteilung von Tendenzen des Bildungswesens ist eine gewisse Kurzsichtigkeit - auf journalistischer, politischer und zum Teil analytischer Seite nur schwer abzustreiten. Die großen Markierungen auf diesem Weg waren: Vor allem die vielbeschworene Bildungskatastrophe der sechziger Jahre. Damals herrschte die Furcht vor einem Mangel an Qualifizierten auf allen Ebenen. Die großangelegte politische Reaktion war die Bildungsexpansion, welche auf allen Ebenen vorangetrieben wurde.

Um 1970 erfolgte eine Umkehrung der Beurteilung. "Bildungsexplosion", "Maturanten- und Akademikerschwenmen" waren nunmehr die behandelten Schlagworte.

Obwohl im Ansatz zuerst die Knappheits- und später die Überschulagen richtig gesehen worden waren, erkannte man doch nicht, wie Änderungen in den Einflußgrößen auch die Tendenzen im Bildungswesen brechen. Unter diesen Faktoren sind vor allem hervorzuheben:

demographische Ursachen, die Schulbesuchsbereitschaft, die Arbeitsmarktsituation, die Einkommensentwicklung und -differenzen, das Bildungsangebot, das Setzen von politischen Normen usw.

Wie tiefgreifend solche Umschichtungen in der Bildungsstruktur sein können, soll beispielhaft mit Projektionen illustriert werden:

Proportionen der Bildungsebenen in Österreich

	1971	1990
Hochschulen	3,47	11,08
postsekundäre Ausbildung	0,64	1,01
Allgemeinbildende höhere Schulen	12,89	15,43
Berufsbildende höhere Schulen	2,36	4,25
Berufsbildende mittlere Schul.	3,57	4,46
Berufsbildende Pflichtschul.	10,49	12,75
Allgemeinbilden. Pflichtschu.	68,94	55,27

Tabelle: Die Schülerstände in den Jahren 1971 und 1990 (in Prozent)

Quelle: W. Cloment, P. F. Ahammer, A. Kaluza: Bildungsexpansion und Arbeitsmarkt, Befunde zur Entwicklung in Österreich bis 1990. Signum-Verlag, Wien 1979.

Zu diesen aus quantitativen Faktoren bewirkten Änderungen im Bildungswesen gesellt sich ein politisch-institutionelles neues Element, nämlich der allmählich starke Aufbau eines "quartären Bildungsektors": die Erwachsenenbildung, education permanente oder die recurrent education.

Derzeit sind die Entwürfe noch etwas im Geruch einer Utopie. Es genügt jedoch sich zu erinnern an die traditionelle Erwachsenenbildung, die Volkshochschulen, die überall entstehenden Kollegs, die Weiterbildung in den Betrieben, die Bildungsurlaubsgesetze usw.

Die einfachsten Schlußfolgerungen aus all diesen Tendenzen für eine Hochschule sind:

- die Bildungslandschaft ist in ständiger Bewegung
- die Dimensionierung der quantitativen Kapazität darf nicht auf eine starre Größe ausgerichtet sein, sonst sind Standardveränderungen die Folge (Lehrer/Studentenrelation, Einheitskosten)
- jede Hochschule muß in Zukunft noch viel stärker gegenüber den neuen Herausforderungen gewappnet sein
- die traditionelle - hinter Mauern (wenn auch nur akademischer Art) abgeschlossene - Universität wird mehr und mehr der Vergangenheit angehören.

Die Hochschulstrukturen der Zukunft werden immer stärker von Offenheit, Flexibilität und Äquivalenz bestimmt.

2) ZIELE UND AUFGABEN DER TERTIÄREN BILDUNG i.e.S.

Wenn in Zukunft 20% oder mehr der altersentsprechenden Bevölkerung in irgendeiner Form eine postsekundäre Bildung anstreben, dann ergibt sich daraus wohl zwangsläufig, daß eine nur auf Minderheit zugeschnittene Universitätsausbildung nicht ausreichend

sein kann. Nicht zu Unrecht wurde vom Elfenbeinturm für eine Minderheit tertiärer Art gesprochen. Die Stabilität der zahlenmäßigen Größenordnung hat sich jedoch von Grund auf verändert, sodaß die alte universitäre Haut nicht mehr passen konnte. Internationale Tendenzen belegen dies:

Frankreich: Die große Universitätsreform 1968 schuf neue Kapazitäten und Typen auf der Hochschulebene.

Großbritannien: Das "binäre System" verdoppelte die Aufnahmefähigkeit für potentielle Studenten, indem neben den Universitäten die "Polytechnics" entwickelt wurden.

BRD: Die große Welle der Bildungsexpansion baute die Hochschulen aus und brachte die Versuche der Gesamthochschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen.

Österreich: Auch hier erfolgte eine Expansion und der große Ausbau der Hochschulen. Daneben wurden die postsekundären Bildungsgänge (Abiturientenkurse, Kollegs, Pädagogische Akademien, medizinisch-technische Lehranstalten, Akademie für Sozialarbeit) erweitert.

Trotz all dieser gewaltigen Entwicklungen glaube ich nicht, daß das Experimentierstadium für neue Hochschulstrukturen schon verlassen wurde. Eine ("einstweilen") endgültige Form wurde noch nicht gefunden. Die Ursachen sind vielfältig: Zum einen hat man die nicht-universitäre, tertiäre Ausbildung noch nicht ausreichend ins individuelle und soziale Bewußtsein verankert. Diese Entwicklungen fühlen sich mitunter noch als tertiäre Ausbildungsstätten zweiter Klasse und drängen nach Erreichung der "akademischen Weihen" (vgl. die Tendenz in der BRD, daß Pädagogische Hochschulen den Hochschulen gleichgestellt werden wollen).

Zum anderen entwickeln sich alle möglichen Formen der Weiterbildung z.T. in Verbindung mit Universitäten (open university, Fernuniversität Hagen), z.T. aber auch eigenständig.

Drittens geraten die Universitäten immer mehr in den Konflikt zwischen einer Massarbildung mit zwangsläufig mittlerem Niveau und dem Anspruch, daß hohe Ausbil-

dungs- und Forschungsstandards auf alle Fälle für eine Minderheit weiterhin benötigt werden (Ausnahmen sind die klassischen Universitäten in Großbritannien, und die Grandes Ecoles in Frankreich).

Aus dieser unharmonischen Situation eines Übergangs ergibt sich zwangsläufig Unsicherheit. Das Idealmodell ist noch nicht gefunden. Als Leitprinzip sollte jedoch beachtet werden:

Eine organische und integrative Form eines tertiären Sektors!

Die Endgültigkeit eines Abschlusses (so wie bisher) sollte nicht mehr gegeben sein. Das Aufholen - auch akademischer Grade - wird in einem etablierten System der Weiterbildung immer häufiger. Damit werden auch Probleme der sozialen Zuordnung und des Status verringert. Ebenso dürfte der Schärfe arbeitsmarktpolitischer Probleme die Spitze zu nehmen sein.

Wenn damit einige große Fragen der Entwicklung eines tertiären (und quartären) Bildungssektors umrissen wurden, so ergibt sich als Voraussetzung für eine Hochschulpolitik: Es müssen zumindest die groben Konturen des tertiären Bildungssystems - in einer Art Phasenplan - erkennbar sein. Sonst werden u.U. anachronistische Hochschulstrukturen geschaffen und rechtlich verankert, die mit der Dynamik des Bildungsgeschehens bald wieder in Disharmonie geraten.

3) DENKBARE FUNKTIONEN UND INHALTE VON HOCHSCHULEN NEUEREN TYPUS

Selbst in einem veränderten System der tertiären Bildung darf man nicht glauben, daß die traditionellen Hochschulfunktionen revolutionär über Bord geworfen würden. Ein gewisser reformatorischer Überdruß der Pädagogen der sechziger und der frühen siebziger Jahre mag vielleicht von der völlig neuen Hochschule geträumt haben. Stichworte wie "Entschulung" (f. Illich) oder "Die Schulen in die Fabrik" (A. Etzioni) mögen exemplarisch für solche Radikalutopien stehen. Inzwischen - auch in Zusammenhang mit der ökonomischen Krise - wird wieder vieles realistischer gesehen. Die Veränderung ist immerhin noch groß genug.

Bei der gegenwärtigen Beurteilung der Funktionen einer Hochschule ist wohl überall deutlich zu erkennen, daß der Autonomiecharakter einer Hochschule im Verhältnis zu ihrer Dienstleistungsfunktion gegenüber der Gesellschaft abnimmt. Das heißt nicht, daß das zentrale Prinzip jeder Universität, das der "Freiheit in Forschung und Lehre" aufgegeben wird. Es wird nur anders interpretiert. Die Verantwortlichkeit von Hochschulinstitutionen ist nicht nur gegenüber dem akademischen Selbstverwaltungskörper sondern - deutlicher und direkter - gegenüber öffentlichen Instanzen, die eben den Gesellschaftswillen repräsentieren sollen, gegeben.

Diese Leitvorstellung kann nun, etwas konkreter, aber immer noch theoretisch genug, auf die bekannten Ziele jeder Hochschule umgelegt werden. Dies sind:

- individuelle Emanzipation
- Sozialisierung
- Berufsvorbereitung
- Forschung
- Ausschöpfung des Begabtenpotentials sowie Erhöhung des intellektuellen und kulturellen Niveaus eines Gebietes.

Wenn heute oft die politische Sprengkraft von Universitäten (wie so häufig in der Geschichte) als bedrohlich empfunden wird, dann nicht wegen dieser Ziele an sich. Vielmehr liegt es an ihrer Interpretation durch Stellen innerhalb und z.T. auch außerhalb der Universitäten. Universitäten bergen zwar sicherlich immer die Kraft der Erneuerung für die meisten Lebensbereiche in sich. Dies muß aber keineswegs Umsturz aller Werte bedeuten.

Die Situation um 1968 ist ein gutes Beispiel dafür. In Frankreich, der BRD und in Italien brachen die bekannten Studentenumruhen los. Es ist hier nicht der Raum, auf die Ursachen, wie gesellschaftspolitische Strömungen, "Wellen der Demokratisierung", Hochschulverwaltung, überholte hierarchische Struktur u. ä. einzugehen. Was nur betont werden soll, ist, daß die britischen Universitäten von diesen ganzen Bewegungen so gut wie unberührt geblieben sind; auch (oder gerade) unter recht neuerungswilligen Labour-Regierungen. Damit will ich nur auch schon an dieser Stelle, und mit Bezug auf externe Hochschulfunktionen, ausdrücken, wie

lebensnotwendig eine entsprechende Hochschulverfassung ist, auf die weiter unten noch einzugehen ist.

Individuelle Emanzipation und Sozialisierung kann via (UOG) Gesetz im Wege einer "Demokratisierung" versuchsweise erreicht werden. Die Gefahren der Gruppenuniversität haben sich dabei immerhin gezeigt. Man denke nur an die institutionalisierte Polarisierung der Gruppen und an die Blockierung vieler Universitätsbelange durch die grassierende "Kommissionitis". Individuelle Emanzipation und Sozialisierung kann aber sicherlich auch durch ein nicht vom Obrigkeitssatz verordnetes Mitbestimmungsmodell sondern durch eigenständig wachsende Kooperationsformen erreicht werden. Das muß keineswegs die Unterwerfung unter herrschende Klassen und hierarchische Strukturen bedeuten. Es kann vielmehr die Ausdehnung einer schon in der Familie geübten Lebensform, die auf Toleranz und gegenseitiger Achtung aufbaut, auch auf Hochschulebene bedeuten. Auch hier kann einiges von britischen Hochschulformen gelernt werden.

Zu den "Berufsvorbereitungs- und Arbeitsmarktaspekten" kann ich hier nur kurz etwas ausführen. Dazu wäre ein eigenes Referat erforderlich. Es besteht gar kein Zweifel, daß Hochschulen in nahezu allen europäischen Ländern derzeit und auch noch im kommenden Jahrzehnt durchschnittlich weit über den traditionellen Berufsbedarf ausbilden. Dabei ist aber zu beachten:

- Die Zwangsläufigkeit der demographischen Welle
- Die Chancengleichheit des Hochschulbesuches zwischen den Generationen
- Die Ausbildung der Erwerbsbevölkerung "auf Vorrat" wegen der quantitativen Verringerung des Arbeitskräftepotentials in den neunziger Jahren
- Die generelle Tendenz des upgradings.

Die andere erwähnte Funktion, wie "Forschung und Ausschöpfung des Begabtenpotentials" darf abschließend nicht vergessen werden. Vor lauter gesellschaftlichen Funktionen der Hochschulen geriet diese zentrale Aufgabe ins Hintertreffen. Die Auswirkungen sind da und

dort jetzt schon zu spüren: Ein Absinken der Qualifikationen des akademischen Lehrkörpers, eine Nicht-Wettbewerbsfähigkeit vieler (deutscher) Universitäten in bestimmten Forschungszweigen gegenüber anderen (auch deutschen oder angelsächsischen) Universitäten. Am krassesten war die Abwehr eines drohenden Absinkens des Universitätsstandards unlängst in Großbritannien. Wegen der Budgetkürzungen entschloß man sich eher für den dornenvollen Weg eines Numerus clausus, damit bei gleichen Einheitskosten die Standards gehalten werden können, als daß für erheblich mehr Studierende ein abgesunkenes Lehrangebot bereitgestellt würde.

Auch aus diesen cursorschen Bemerkungen zu den "ewigen" Hochschulzielen sollen - vielleicht wegen der Kürze der Zeit etwas sprunghaft - einige Schlußfolgerungen gezogen werden:

Universitäten spiegeln natürlich immer in einem erheblichen Ausmaß die dahinterstehende Lebensform sowie die Gesellschafts- und politische Verfassung wider. Diese Formen werden aber von den jeweils politischen Machtträgern zu verändern gesucht, wobei die Universitäten häufig als Vor- und Experimentierfeld benutzt werden.

Unterstellt man als politische Generalmaxime den Wunsch eher nach evolutiver als nach revolutionärer Entwicklung, so müßte für den laufenden historischen Prozeß gefordert werden:

- für die hochschulinterne Demokratisierung Kooperation statt Konfrontation
- Schaffung von institutionalisierten Kommunikationsformen mit der Gesellschaft, dem Staat und der Wirtschaft:
- Strenge gesetzliche Gängelung bis ins Detail und Weisungsgebundenheit bedeutet eine krasse Abhängigkeit von den politischen Wechsellagen, bedeutet weiterhin Bürokratisierung, Inflexibilität und Innovationsfeindlichkeit. Vorzuziehen wären Rahmengesetze, deren Ausfüllung verschiedenen Organisationsformen Spielraum läßt.
- Für den Arbeitsmarkt heißt dies, daß eine engere Verbindung als bisher angestrebt werden sollte, daß allzu praxisferne Studienrichtungen, Inhalte, Unterrichtsformen (Curricula) vermieden wer-

den sollten.

- Beachtung des Qualitätsniveaus in der Lehre: "Selektion" und "Förderung" wären die dazugehörigen Stichworte.
- Anstreben eines wettbewerbsfähigen Leistungsniveaus in der Forschung
- Öffnung:

Dies ist vielleicht am besten zu demonstrieren am Beispiel der Auswirkungen der loi 1971 in Frankreich für die Universitäten:

Dieses Gesetz stellt den Rahmen für die éducation permanente. Es gibt dem Arbeitnehmer das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub. Große Finanzmassen (aufgebracht von den Unternehmern und vom Staat) wurden mobilisiert und führte dazu, daß eine Fülle neuer Bildungsinstitutionen entstanden (z.T. auch privater Art). Jedenfalls vergrößerte sich der Bildungsmarkt ungeheuer. Die Rolle der Universitäten konnte nicht mehr unverändert bleiben. Es kam zu einer staatlich verordneten Erweiterung (Délégué académique à la Formation continue - D.A.F.O.) und (Service pour l'Education Permanente - S. E. P.) der Hochschulorganisation. Als Beispiel sei hier Paris Dauphine genannt: Eine zentrale Voraussetzung für neue Kooperationsformen ist das Mittel der "conventions" zwischen den Partnern. Ganz neu dabei ist der Prozeß der "négociation", bei dem nicht mehr ex ante staatlich genau Studienrichtungen, Inhalte usw. festgelegt werden. Vielmehr wollen Firmen oder auch öffentliche Instanzen z.B. Offerte über bestehende oder zu entwickelnde Weiterbildungskurse. Allein durch die Universität oder gemeinsam sollen Curricula geschaffen werden. Daraus lernen die Universitäten und Projekte entstehen. Auch für die Prüfungen werden dann gemischte Kommissionen erstellt.

4) PRINZIPIEN DER INNEREN UND ÄUSSEREN ORGANISATION

Aus all dem bisher Ausgeführten ergibt sich wohl recht deutlich, daß das Modell der zentralistisch gesteuerten, also voll staatsabhängigen Universität für die Bewältigung der zukünftigen Bildungsaufgaben nicht ausreichend geeignet ist. Würde es trotzdem beibehalten, ist es sehr wahrscheinlich, daß Paral-

lelinstitutionen entstehen (bis hin zu privaten Para-Universitäten vgl. Siemens, Magnamentinstitutionen, Forschungszentren außerhalb des akademischen Bereiches).

Was infolgedessen Not tut, ist eine heikle Gratwanderung zwischen Hochschulautonomie und öffentlicher Kontrolle. Meines Erachtens kann kein Gesetz diesen Raum in einer Universitätsverfassung von vorneherein und alles vorhersehend entsprechend kodifizieren. Dieser Raum bedarf der permanenten Neu-Interpretation, er lebt und entwickelt sich. Daher bietet sich eine "Institution der Kontrolle" zwischen öffentlichen Instanzen und universitärer Selbstverwaltung an. Reine universitäre Selbstverwaltung allein kann in Eigenbrötelei, Ineffizienz und Abschluß von der Praxis entarten. Staatliche Steuerung allein kann in bürokratische Petrifizierung erstarren.

Solch eine Institution entspräche einem "Universitätsrat", also einer Art Kuratorium oder Aufsichtsrat. Er hätte die zentrale Mittlerfunktion zwischen öffentlichen Instanzen und Universitäten auszufüllen. Das heißt:

- Festlegung der globalen Hochschulentwicklungspläne
- Dimensionierung der globalen Kapazitäten
- Bestimmung der globalen (Schlüssel-) Finanzzuweisungen
- Ernennung und Abberufung des Universitätskanzlers (der zentralen Exekutivfunktion einer Universität)

In den direkten akademischen Angelegenheiten bliebe die Universität - sogar viel mehr als bisher - autonom: Das umschließt Lehre, Forschung, Prüfung, Berufung des Hochschulpersonals und Verteilung der Finanzmittel auf Abteilungen und Institute im Detail.

Damit der "Universitätsrat" für beide Teile seine Aufgabe zufriedenstellend erfüllen kann, ist seine Zusammensetzung wichtig. Ein entsprechendes Verhältnis von Vertretern der Hochschule, der lokalen, regionalen und staatlichen Politik, der Administration und der Praxis ist von großer Bedeutung. Diese Zusammensetzung müßte - als wichtiges Nebenprodukt - einen viel höheren Grad an Identifikation der Persönlichkeiten -

ten und der durch sie vertretenen Freise mit ihrer Hochschule im jeweiligen Einzugsgebiet garantieren.

Für die Stelle eines Universitätskanzlers (oder exekutiven und nicht repräsentierenden Universitätspräsidenten) spreche ich mich aus, weil Universitäten nicht planvoll von immer wechselnden, verschiedenen begabten Rektoren (aus der Altphilologie, aus der Chemie, aus dem Recht...) geleitet werden können. Die Rektorsamkeiten wiederum sind gegenüber dem Professorenkörper viel zu schwach. Die Rolle des Universitätskanzlers müßte aber stark genug sein, daß er sich gegen Professoren und Fakultäten behaupten kann. Sonst kommt auf die Dauer keine Universitätspolitik sondern nur ein Kompromiß als kleinster gemeinsamer Nenner zwischen den Fakultäten zustande.

Weiters ist es für die Untermauerung der Hochschulautonomie extrem wichtig, daß eine entsprechende Finanzautonomie garantiert wird. Hier fasziert das britische Vorbild. Das Einkommen einer Universität setzt sich dort zusammen aus:

- öffentlichen Mitteln als "block grant" über das UGC (University Grants Committee) an die Universitäten
- Einkommen aus eigenem Vermögen
- privaten Zuweisungen
- Studiengebühren und
- Zuweisung für Forschung

Das bedeutet, daß Universitäten auch eine bessere Rechtsstellung erhalten. Eine eigene Rechtspersönlichkeit, eigene Vermögensfähigkeit, das Recht, Verträge abzuschließen (wichtig schon im Hinblick auf den weiteren Bildungsmarkt in der Education Permanente) u.ä. verleibt einer Hochschulekturichtung verständlicherweise eine viel größere Manövrierfähigkeit.

Schließlich sind Vorkehrungen zu treffen, die der Vermassung des "Hochschulbetriebes" vorbeugen. Gerade dieser Verlust für den einzelnen Studenten an Kontakten persönlicher Art mit den Lehrern, haben ihn so anfällig gemacht, daß er sich - paradoxerweise - immer im Widerspruch mit "seiner" Universität sieht und daß er eine so leichte Beute radikaler Studentenfraktionen wird. Gibt

es Organisationsformen dagegen?

Beim Punkt "Studentenunruhen" habe ich schon auf die britischen Universitäten verwiesen. Ich meine, daß das dortige College- und Tutorensystem der Grund für das Fehlen solcher Auswüchse ist.

Nähezu alle an einer Universität eingeschriebenen Studenten sind Mitglieder eines College. Dieses stellt, immer noch, in Weiterentwicklung des mittelalterlichen Korporationsgedankens (ohne reichsdeutschen Beigeschmack) die soziale Basis für das Universitätsleben dar. Es bildet sich nämlich eine Gemeinschaft (!) der an einer Universität lebenden (bei gemeinsamen Essen, beim Sport, bei vielen sozialen Veranstaltungen).

Gleichzeitig erhält jeder Student bei Eintritt seinen "Supervisor", seinen Tutor. Dieser empfindet es als ein persönliches Versagen, wenn der (die) Student(-in) nicht reüssiert.

Als Konsequenz aus diesem Kapitel seien die wichtigsten Institutionen nochmals angeführt:

- Universitätsrat
- Universitätskanzler
- breite Finanzautonomie gespeist aus vielen Quellen
- Tutorensystem (ev. College).

5) KRITISCHE PUNKTE EINES PLANUNGS- UND GRÜNDUNGSPROZESSES

Diese Aspekte möchte ich hier nur kurz streifen, weil jeder Gründungsvorgang seine eigene Individualität hat und es kein generelles Modell gibt.

Meines Erachtens besteht das Kernproblem in folgenden Fragen:

Wieweit ist der Aufbau von vorneherein festgelegt?

Wie weit wird für die Gründungsinstitution ein freier Entfaltungsraum gelassen?

Dies ist eine heikle Frage, wobei ich hier für den Mittelweg bin. Ein zu großer Raum für Experimente scheint schädlich. Die Entwicklung der Universität in Klagenfurt ist dafür ein warnendes Beispiel: Ziel war die Entwicklung eines bildungswissenschaftlichen Studiums. Interdisziplinarität und Projektstu-

dium waren ursprünglich Hauptziele der Universität. Herausgekommen ist ein Fachstudium mit einem bildungswissenschaftlichen Appendix. Großteils zu recht übrigens:

Die Mode der Interdisziplinarität ist eher im Abklingen (außer z.T. vielleicht in Frankreich). Erhebliche Gefahr dabei ist ein Verlust an Tiefe, der bis zur Inkompetenz im Fach reichen kann.

Ein Experimentierfeld sollte immerhin erhalten bleiben, z.B. durch explizite Schaffung eines Raumes für neue Studien. Für die Durchsetzung aber gerade von neuen Hochschuleinrichtungen ist es eminent wichtig, daß sie sich so rasch wie möglich einen guten Ruf in bestimmten Disziplinen schafft. Sonst wird das Risiko der Abwertung im akademischen, politischen und administrativen Bereich beträchtlich, ebenso wie die Flucht in politische Agitation.

Für die Gründungsphase bedeutet dies zumindest:

- Die Festlegung der zu entwickelnden Abteilungen.
- Eine genaue Abgrenzung der Kompetenzen der einzelnen Gremien.

Das allerwichtigste bei jedem Gründungsvorgang, wo sich Aufbau, Qualität und Wettbewerbsfähigkeit einer Hochschule entscheidet, ist die Rekrutierung und Bestellung des akademischen Lehrkörpers. Dies ist schon bei der Zusammensetzung des Gründungsausschusses zu beachten.

Meines Erachtens gehören hier Leute mit Erfahrung und einem gewissen Experimentierwillen hinein.

Es sollte möglichst wenig "Sonderberufungen" von Professoren aus nur allzu naheliegenden lokalen und politischen Gründen geben. Sonderberufungen kämen nur zustande, wenn die entsprechende internationale Qualifikation anerkannt wird. Jeder Lehrende muß so gut sein, daß er fast jederzeit wieder von "seiner" Provinzuniversität wegberufen werden könnte. Sonst entsteht nahezu zwangsläufig ein tatsächlich provinzielles Niveau.

Weiters ist es auch wichtig, daß schon in der Gründung die mehrfach erwähnte Öffnung

der Hochschule angelegt wird: Der hervorgekehrte "Universitätsrat" ist eines. Darüber hinaus sollten ganz allgemein die "Abnehmer" der Absolventen ein stärkeres Wort mitzureden haben. Voraussetzung dafür ist dann auch ihrerseits ein Engagement, gleichgültig ob dieses aus der Wirtschaft, Verwaltung, Politik oder kulturellen Stellen kommt. Die wechselseitige Durchdringung würde vornehmlich über Forschung(-aufträge), über die Gestaltung der Curricula, über Art, Intensität und Frequenz der Weiterbildung (welche über die Hochschule läuft), usw. erfolgen.

Die Konsequenzen aus diesem Punkt sind:

- Vorrang vor allem anderen hat die Sicherstellung der Qualität der Universität und die Qualifikation des akademischen Körpers.
- Wichtig ist auch die Institutionalisierung der Identifikation aller betroffenen Stellen mit "ihrer" Universität, und dies von allem Anfang an, ohne daß dies aber in den totalen Uschungekrieg der Intrigen und Interventionen entartet, bei denen jede Gruppe "ihren" Mann oder "ihre" Frau durchbringen will.

6) ZUSAMMENFASSUNG IN THESEN

Ich will nun versuchen, in kurzen Thesen das Resümee aus diesen Erörterungen zu ziehen. Dabei kann man die Dinge sicher nur sehr grob mit dem Beil und mit der feinen Klinge herausarbeiten.

Von den Gegebenheiten her steht es für mich außer Frage, daß eine moderne Hochschulinstitution in der Provinz Südtirol gerechtfertigt ist. Die quantitativen Grundlagen sind aus vielen Dokumenten bekannt. Das heißt, der Einzugsbereich ist ausreichend:

In den laufenden Jahren wird geschätzt, daß rund 2000 - 2500 Personen insgesamt aus der deutschen und ladinischen Volksgruppe studieren. Weiters ergeben die Projektionen, daß in den achtziger Jahren über 1000 Maturanten jährlich die Hochschulreife erlangen. Die Übertrittsquote auf die Hochschulen mit 40 - 50 % in Südtirol liegt, international gesehen, noch relativ niedrig. Selbst wenn man berücksichtigt, daß ein gewichtiger Anteil von Studienberechtigten an andere Studienorte geht, belegen die angeführten Zahlen, daß sie eine ausreichende Basis sogar für eine

traditionelle Universität liefern. Die Universitätsgründung Klagenfurt (oder Innsbruck) mit einer Gesamtstudentenzahl von derzeit 1300 ist ein gutes, vergleichbares Beispiel.

Zu diesen "Kernzahlen" hätten sich die anderen angeführten Aufgaben der Hochschuleinrichtung im Bereich der postsekundären Bildung (Kolloge) und der Weiterbildung (für die Lehrerweiterbildung, für Beamte als eine Art Verwaltungsakademie) anzufügen, die ebenfalls eine recht breite Rekrutierungsquelle darstellen.

Mit diesen Dimensionen bewegt man sich in günstigen, weil noch überschubaren und verwaltbaren Größenordnungen. Die in Frage kommende Populationsstärke ist tragfähig genug, umso mehr als ja stärker als bisher das Begabungsreservoir ausgeschöpft werden sollte.

Die Frage der Verwertbarkeit der Absolventen im Lande ist zweifellos etwas zwiespältiger zu beantworten. Hier kommt es zum einen auf eine sorgfältig geplante, praxisverbundene Einrichtung von Studiendien an. Der Bedarf läßt sich weilers nicht aus der unmittelbaren Situation ableiten. Das international zu beobachtende "upgrading" muß ins Kalkül gezogen werden. Schließlich ist auf die demographische Zyklizität zu verweisen, die gegen Ende dieses Jahrhunderts wieder stärker kapitalintensive und damit gehirkin intensive Produktionsweisen erfordern wird.

Bei der Finanzierung habe ich darauf hingewiesen, daß eine möglichst breite Finanzbasis sicherzustellen ist.

Nochmals möchte ich unterstreichen, wie wichtig die Anreize des Lehrkörpers ist. Auch die Permanenz des Lehrkörpers ist wichtig. Schließlich müßte rasch so etwas wie eine Identifikation der Lehrenden mit der Einrichtung entstehen. Ein System von Lehrenden im Schichtbetrieb (als Weekend-Professoren) allein kann trotz aller verdienstvollen Leistungen von bestehenden Institutionen - auf die Dauer nicht ausreichen.

Das ganze Referat sollte dargelegt haben, daß eine heutzutage zu gründende

Hochschuleinrichtung keine orthodoxe und konventionelle Universität mehr sein kann. Es hat unbedingt vorweg ein Rahmenkonzept für den tertiären und quartären Bildungssektor erstellt zu werden. Die Universitätorganisation innerhalb dieses Rahmens hätte den skizzierten modernen Tendenzen zu folgen und würde den Nukleus bilden, die hochschulinterne Struktur wäre, wie beschrieben, daran anzupassen.

Daraus leitet sich gewiß ein bisher von mir vermiedener Gesichtspunkt ab, der zwanglos den schwierigsten Brocken überhaupt darstellt:

Die italienische Rechtslage ist derzeit so ungünstig, daß eine erfolgsversprechende Hochschulgründung unbedingt einen möglichst starken Sonderstatus erhalten müßte, damit die Landeskontrolle in hohem Maße gewährleistet ist.

Aufs Äußerste verdichtet beruht meine Befürwortung einer Hochschuleinrichtung in Südtirol auf folgenden Voraussetzungen:

1. Es müßte eine Institution mit Sonderstatus sein, die den politischen und ethnischen Besonderheiten der Provinz Rechnung trägt und dem Land in vielen Bereichen (außer z.B. selbstverständlich der Titelverleihung) Kompetenz einräumt.
2. Die Einrichtung müßte sich auf drei tragfähige Säulen stützen:
 - einen eher traditionellen akademischen Bereich (mit Fächern wie Philologie, Recht, Wirtschaftswissenschaften usw.)
 - einen postsekundären, quasi-akademischen Bereich (Kolloge, Kurzstudien, Kurse usw.) und
 - einen Bereich, der viel von der Erwachsenenbildung abdeckt (z.B. durch Fernstudien, durch berufliche Weiterbildung, durch Aufgaben im Konzept des Bildungsurlaubs usw.)
3. Es müssen die beschriebenen Punkte einer neuen Form der inneren und äußeren Hochschuleorganisation beachtet werden.

Univ.-Oberass. Dr. D. INKESCH

KRITERIEN ZUR BEURTEILUNG DER ARBEITSMARKT-SITUATION IM AKADEMISCHEN BEREICH MIT EINIGEN HINWEISEN AUF SÜDTIROL

Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich danke Ihnen für die Einladung zu dieser Tagung und möchte mir zwei Vorbemerkungen erlauben, die vielleicht dazu beitragen, die umständliche und vorsichtige Formulierung der Themenstellung meines Korreferates zu erklären.

Die erste Vorbemerkung betrifft meinen Informationsstand und damit meine Kompetenz zum Gegenstand "Akademikermarkt" in Südtirol heute und hier zu sprechen. Wie Sie möglicherweise wissen, arbeitet unser Institut in Innsbruck schon seit einigen Jahren an Fragestellungen zur Südtiroler Bildungsplanung im Auftrag von Herrn Assessor Zelger: nach mehreren Studien, die wir zur Erarbeitung der statistischen Grundlagen für das Bildungswesen in Südtirol vorgelegt haben - ich nenne den Aufbau der Lehrer- und Schülerstatistik, Analysen und Prognosen zur Schülerentwicklung u.ä. - ist als vorläufiger Schlußstein dieser Forschungsprojekte eine Beleuchtung des Zusammenhangs zwischen Arbeitsmarkt und Bildungssystem geplant. Weil auch hier die statistische und prognostische Informationsbasis im Land so schmal wie nur denkbar ist, mußten wir zunächst daran gehen, eine strukturierte Bevölkerungsanalyse und -prognose für die kommenden zwei Jahrzehnte vorzulegen. Diese Arbeit ist derzeit abgeschlossen und wird in wenigen Wochen hier in Südtirol von einem hiesigen Verlag publiziert, was - am Rande bemerkt - doch einen Fortschritt darstellt, da jetzt auch soziale und gesellschaftliche Probleme scheinbar von Interesse sind. (Polemik, die wir nicht zusteht). Dieser Stand der Arbeiten bedeutet aber, daß ich Ihnen - soweit es um die konkrete Situation des Akademikerarbeitsmarktes in Südtirol geht - nur einige erste Informationen liefern kann, die durchaus noch den Charakter des Vorläufigen haben.

Die zweite Bemerkung richtet sich auf ein forschungsmethodisches Dilemma, in das die

Bildungsökonomik im letzten Jahrzehnt zunehmend hineingezogen ist und auf das ich aufmerksam machen möchte. Nach den purkapitalistischen und innovatorischen Ausführungen von Professor Clement erwarten Sie mit einem gewissen Recht eine Konkretisierung für die Lage in Südtirol. Bismal mehr wird auch von Ihnen eine Antwort auf die Frage nach dem "Bedarf" an hoch- und höchstqualifizierten Arbeitskräften nach Menge und Fachrichtungsstruktur gestellt werden, und konkrete Hinweise auf die künftigen Berufschancen für Absolventen des Hochschulsystems im Lande gesucht. Unter Bildungsökonomien ist man sich, nach 10-15 Jahren intensiver Forschungsarbeit so ziemlich einig, daß derartige Fragen nur sehr begrenzt überhaupt beantwortbar sind, ja daß sie noch nicht einmal eine ökonomisch sinnvolle Fragestellung sein könnten. Vor etwa 20 Jahren ist die Bildungsökonomie und ihr angewandter Zweig - die Bildungsplanung - mit dem Anspruch getreten, einen mengen- und strukturmäßig definierten Bedarf an Arbeitskräften, insbesondere an hochqualifizierten Arbeitskräften ("Akademiker") vorhersagen zu können, wie er sich aus prognostizierbaren Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklungen ableiten ließe. Damals - also in den Sechzigerjahren - war das Motiv für die Aktivitäten zur bildungsökonomischen Modellentwicklung die spürbare Knappheit einer bestimmten Art von Kapital, nämlich der Mangel an Humankapital, der zum limitierenden Faktor weiterer wirtschaftlicher Prosperität zu werden schien. Die damals vorgelegten Modellrechnungen für konkrete Volkswirtschaften deuteten bei der Bilanzierung des schulischen und hochschulischen Qualifikationsangebotes mit der entsprechenden künftigen Nachfrage aller Beschäftigten auf eine notwendige, rasche Expansion des sekundären und besonders des tertiären Bildungswesens hin. Die Ökonomen waren dabei in ihrem ureigensten Element, nämlich Theorien und Programme zu entwickeln, wie knappe Güter, hier Bildungs- und Ausbildungsgüter, in vermehrter Weise von einer Gesellschaft produziert werden können, um diese Knappheiten bis zu einem definierbaren Gleichgewichtszustand zu überwinden. Dieses Forschungsmotiv der Ökonomen deckte sich zu einem hohen Grad mit unseren sozialen Wertvorstellungen; immer deutlicher und im selben Maße unerträglich

- Dieses niedrige Ausgangsniveau kann durch die erhöhte Zahl von Maturanten und Studenten, wenn man dazu die absehbaren Entwicklungen heranzieht, im nächsten Jahrzehnt bei der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung zu keiner "Überakademisierung" global gesehen führen.

Und damit möchte ich zu einem weiteren Kriterium: der künftigen Angebotsseite des Akademikermarktes kommen.

Ich beschränkte mich dabei auf die deutsche Volksgruppe - für die Italiener stellt sich die Situation wohl etwas anders dar.

Wir kennen die Maturanzahlen für die deutschen und ladinischen Oberschulen aus den letzten Jahren und wissen so etwa den Rahmen der künftigen Absolventenentwicklung an unserer Institutsprognose. Dank der von Helmut Ladurner durchgeführten Strukturanalyse der Maturanten wissen wir über das Studien- und Berufsverhalten der Oberschulabsolventen ein wenig Bescheid. Unter Berücksichtigung plausibler durchschnittlicher Studiendauern, Erfolgsquoten und Erwerbseingängen, kommen meine Berechnungen bis 1981 auf rund 1.500 neue Akademiker, die - so heißt ich - in Südtirol zur wirksamen Arbeitsnachfrage werden.

Bestand 1971:	1.600
Zugang 1971 - 1981:	1.500
- Abgang (Pens. Verschl.):	- 600
Bestand 1981:	2.500

D.h. der Nettoneuzuwachs an deutsch/ladinischen Akademikern in Südtirol wird rund 900 Personen betragen; insgesamt wird dann die Akademikerdichte von 1,6% (1971) auf 2,04% (1981) angestiegen sein. Auch das ist noch ein Akademisierungsgrad der weit unter österreicherischen, nordtirolischen oder anderen internationalen Verhältnissen liegt.

Dieser langsame Anstieg ist auch ein Schulbeispiel dafür, wie träge, d.h. mit welchen zeitlichen Verzögerungen, Bildungsstellen ein zeline Gesellschaftsberneiche durchlaufen.

Wie könnte die Situation 1991 ausssehen?

Bestand 1981:	2.500
Zugang bis 1991:	2.600
Abgang:	- 1.000
Bestand 1991:	4.100

Die Ausdehnung des Angebots an akademischen Arbeitskräften wird in den Achtzigerjahren schneller vor sich gehen, d.h. auf der Basis meiner ersten Schätzung etwa 2.600 Neuabsolventen umfassen, allerdings steigt in dieser Zeit auch der Abgang (Pensionierung, Verschleiß, Phasenerwerbstätigkeit) aus dem Erwerbstätigenpotential auf etwa 1.000 Personen, sodaß sich der Nettoneuzuwachs im kommenden Jahrzehnt auf etwa 1.600 Akademiker belaufen wird. Die deutschsprachigen Maturanten werden bis 1991 dann einen Akademisierungsgrad von 3,1% erreicht haben, ein Wert, der noch immer unter jenen Nordtirols 1971 liegen wird.

Diese Angebotsrechnung und die im ersten Teil meiner Ausführungen dargelegte hohe Flexibilität des Arbeitsmarktes im allgemeinen für die Absorption von höherqualifizierten Arbeitskräften können den Bildungspolitikern zunächst einmal, so scheint es, fürs erste beruhigen. Es ist aus der Sicht von heute mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß es keine Beschäftigungsprobleme bei deutschsprachigen Akademikern in der nächsten Dekade geben wird. Allerdings sind m.E. einige Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes im allgemeinen zu erfüllen und es müssen auch strukturelle, d. h. fachrichtungsbezogene Voraussetzungen erfüllt sein, damit tatsächlich keine Friktionen in der Entwicklung auftreten.

Dazu möchte ich abschließend noch kurz auf drei Punkte eingehen, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen könnten:

1) Lehrerbedarf

Thema ist allen das Supplentenproblem an den deutschsprachigen Mittel- und z.T. Oberschulen bekannt. Vielleicht weniger bekannt ist aber, daß dieses Problem aus der Sicht des Studienwahlverhaltens und der steigenden Zahl von Absolventen - vorausgesetzt, es werden keine neuen Schulstrukturen vom Gesetzgeber eingeführt (darüber soll ja nachmittags gesprochen werden) - im weiteren Jahren endgültig gelöst sein wird. Wie in der Presse gemeldet wurde, sind heute noch etwa 400 Supplenten in der deutschen Schule tätig. Somit kann man heute noch nicht vom Studium zum Mittel- und Oberschullehrer sprachen - von einem Studium kann man m.E. überhaupt nicht abstrahieren - ; das Studienwahlverhalten wird sich aber in den nächsten Jahren, d.h.

zu Beginn der Achtzigerjahre ändern müssen, wenn wir bei den Lehrern nicht auf eine fühlbare Überschussituation wie z.B. in Österreich und in der BRD hinsteuern wollen (bes. Altersstruktur - wenig Abgänge).

Ein zweiter Punkt betrifft den

2) Staatsdienst

der aufgrund des Autonomiestatuts 1971 bis zum Jahr 1992 nach dem Prinzip des Volkgruppenproporz im Land zu besetzen ist. Dank einer Arbeit, die Herr L. Abg. Oskar Peterlini am Institut verfaßt hat, wissen wir heute, daß - so wichtig dieser Bereich auch für eine materielle Autonomie sein mag -, für die quantitativ ins Gewicht fallende Absorption von Akademikern wird er wohl eine gewisse Bedeutung haben, die Berufswahl von Hochschulabsolventen sollte er aber nicht dominieren. Aufgrund des zentralisierten Staatsaufbaus in Italien sind nur etwa 5 % dieser Stellen A-Laufbahnen, bei 7.100 Prozentstellen insgesamt stehen somit etwa 200 Akademikerposten der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung zu, die aber auch erst nach dem natürlichen Abgang ihrer jetzigen überwiegend italienischen Inhaber bis zum Jahrtausend besetzt werden können. Peterlini schätzt, daß aufgrund der jetzigen Altersstruktur der Stelleninhaber pro Jahrfünft zwischen 1980 und 2000 etwa 40, p. a. somit rund 10 A-Posten für deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler zur Verfügung stehen werden. Anders sieht die Absorptionskraft bei den Laufbahnen B (Maturanten: pro Jahrfünft 100 - 150) und C (200 - 400) aus.

Wenn aber der öffentliche Dienst aus dem Titel des künftig abnehmenden Lehrerbedarfs und der zahlenmäßigen nicht übermäßigen Bedeutung der Staatsstellen in seiner Aufnahmefähigkeit in den Achtzigerjahren zurück gehen wird (derzeit sind etwa 90 % der deutschen Akademiker im öffentlichen Dienst) dann wird die Privatwirtschaft künftig der wesentliche Aufnahmebereich für Akademiker sein müssen.

(Und hier möchte ich als dritten und abschließenden Punkt die Entwicklung des Erwerbstätigenpotentials in Südtirol, so wie wir sie in unseren jüngsten demographischen Analysen und Prognosen vorgelegt haben, nicht unerwähnt lassen:

3) Entwicklung des Erwerbstätigenpotentials

Vielen von Ihnen wird bekannt sein, daß die Geburten in Südtirol nach einem Gipfel von fast 10.000 Lebendgeburten im Jahr 1965 bis heute stark rückläufig sind (1978: 5.630): Aus dieser Tendenz schließt man - und ich kann da auf mehrere Planungspapiere im Lande verweisen -, daß sich der Arbeitsmarkt in Südtirol von der Angebotsseite her zu Beginn der Achtzigerjahre stark entspannen muß - ja manche rechnen mit einem pointierten Arbeitskräftemangel. Unsere Analysen zeigen aber das Gegenteil:

	1961	1971	1981	1991
Summe	162,0	158,4	176,5	190,7
D/L	106,0	104,2	122,6	131,9
It	56,0	54,2	56,9	58,7

Quelle: D. Lakesch, P. Tschurtschenthaler, Demographische Analysen und Diagnosen - Südtirols Bevölkerung bis zum Jahr 2000, Bozen 1979, S. 229

D.h. die Arbeitsnachfrage wird sich von heute bis 1991 in Südtirol stark ausdehnen: rund 15.000 - 20.000 Menschen mehr als heute werden eine Beschäftigung haben wollen, und diese Expansion geht praktisch ausschließlich auf die Entwicklung bei der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung zurück.

Ursache für diese Entwicklung - und das wurde bisher offenbar noch nicht erkannt - ist der unregelmäßige Bevölkerungsaufbau, der im kommenden Jahrzehnt dazu führt, daß relativ wenig Pensionierungen immer noch relativ starken Geburtenjahrgängen der Sechzigerjahre gegenüberstehen, mit dem Resultat eines entsprechenden globalen Angebotsdrucks auf den Arbeitsmarkt.

Vielleicht fragen Sie, was das mit dem Akademikerarbeitsmarkt zu tun hat: aber die Verbindung ist naheliegend; wenn ich gerade von einer notwendigerweise stärkeren Akademisierung des privaten Sektors der Südtiroler Wirtschaft gesprochen habe, so kann diese recht problematisch sein und ins Stocken kommen, wenn die Arbeitsmarktpolitik des Landes - von konjunkturellen Notwendigkeiten abgesehen - vornehmlich auf Konservierung und Erhaltung, nicht aber auch auf qualitative und quantitative Expansion gerichtet ist.

THEMA: AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT IM AKADEMISCHEN BEREICH

KO-REFERAT: "DIE AUSWIRKUNGEN DER KÜNFT-
LICHEN OBERSCHUL- UND HOCHSCHULREFORM
AUF SÜDTIROL" VON HELLMUTH LADERNER

1. Von den Veranstaltern dieser Tagung wurde mir die Aufgabe übertragen, im Rahmen eines Ko-Referates zu den Ausführungen von Herr Dr. Am-
mann die Auswirkungen der Oberschul- und Hoch-
schulreform in Südtirol kurz darzustellen. Als
Grundlage für diese Analyse dient der am 28.
September 1978 von der Abgeordnetenkammer ver-
abschiedete Reformentwurf für die Oberschulen
sowie der von dem damaligen Unterrichtsminister
Malfatti ausgearbeitete Text für die Hochschul-
reform.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf je-
ne Aspekte beschränken, die m. E. entscheidend
die Schullandschaft in Südtirol bestimmen bzw.
verändern werden.

II. Die Reform der Sekundarstufe II und der
Hochschule stellt den Versuch dar, diese Ber-
eiche den heutigen Erfordernissen anzupassen,
vor allem die Reform der Sekundarstufe II ent-
hält im vorliegenden Entwurf entscheidende Be-
stimmungen, die die Zielsetzung und die Struk-
tur dieser Schulstufe in Italien grundlegend
verändern werden. Es drängt sich nun die Frage
auf, weshalb eine gesonderte Analyse der Aus-
wirkungen dieser Reform auf die Schule in Süd-
tirol überhaupt notwendig ist. Gibt es in Süd-
tirol Rahmenbedingungen für die Reform, die
über jene, die in ganz Italien vorliegen, hi-
nausgehen? Diese Frage ist aus zwei Gründen
eindeutig zu bejahen:

1. Die Bestimmungen des Autonomiestatutes

Man kann diese Bestimmungen unter zwei Ge-
sichtspunkten untersuchen:

- a) Bestimmungen, die Aussagen über das Schul-
wesen in Südtirol beinhalten, welche weder
durch ein Landesgesetz geändert werden können.
Daranter fallen
- die Gliederung der Schulen nach Sprachgrup-
pen
 - der Unterricht in der Muttersprache durch
Lehrkräfte, für die diese Sprache ebenfalls
die Muttersprache ist,
 - der Unterricht der zweiten Sprache durch
Lehrkräfte, für die diese Sprache ebenfalls
die Muttersprache ist,
 - die Zuständigkeit des Landes für das nicht-
unterrichtende Personal,
 - der paritätische Unterricht in deutscher u.
italienischer Sprache an den ladinischen
Schulen.

Weitere

- Bestimmungen, die in die Zuständigkeit des
Landes fallen wie
- . Errichtung und Auflassung von Schulen,
- . Änderung und Anpassung der Lehrpläne,
- . Errichtung der Kollegialorgane der Schulen
usw.

2. Die Unterschiede in der Schul- und Bildungs-
politik zwischen den deutschen und italieni-
schen Parteien in Südtirol.

Die deutschen Parteien orientieren sich in
verstärktem Ausmaß an den bildungspolitischen
Leitlinien in Österreich und der Bundesrepub-
lik, die auf ein differenziertes Bildungs-
system mit starker Betonung der dualen Ber-
ufsausbildung aufbauen, während die italia-
nische Schulpolitik auf das Konzept einer
Ausbildung bis zur Reifeprüfung für alle
sich stützt. Auf diesen Aspekt werde ich
noch später zurückkommen.

Die Reform der Oberschulen - für die Hoch-
schulreform liegen die Verhältnisse sicher
etwas anders - muß sich nun innerhalb des
Rahmens bewegen, der hier kurz abgesteckt
wurde, wobei eine Verlagerung der Schwer-
gewichte durch die Reform selbst, vor al-
lem im Bereich der bildungspolitischen Kon-
zepte sicherlich zu erwarten ist.

Da die Zielsetzung und die Inhalte der Re-
formen bereits in dem ausgezeichneten Refe-
rat von Dr. Ammann ausführlich dargelegt
wurden, kann ich mich auf die Darlegung je-
ner Bestimmungen beschränken, die die Bil-
dungslandschaft in Südtirol entscheidend
beeinflussen und verändern werden. Dabei
möchte ich zuerst die Auswirkungen der Re-
form der Oberschulen in Südtirol und zum
Schluß, kurz, jene der Hochschule analysie-
ren.

III. Als Ausgangspunkt für meine Darlegun-
gen möchte ich die neue Zielsetzung der Se-
kundarstufe II wählen. Im Art. 3 des Entwur-
fes werden die Ziele wie folgt formuliert:

- Erweiterung des Wissensstandes des Schülers
sowie der Fähigkeiten zur Kritik und zur
Teilnahme am demokratischen Leben
- allgemeine und berufliche Ausbildung, die
sowohl die Eingliederung in die Arbeits-
welt als auch den Übertritt auf die Hoch-
schule ermöglicht.

Dieses zweite Ziel wirkt sich sehr stark auf
das bestehende Schulsystem aus, da dieses Sy-

stem von der - wenn auch im Laufe der Zeit verwässerten Zweitteilung dieser beiden Aspekte - Allgemeinbildung und Berufsbildung - bestimmt wird. Der Reformansatz Gentile kulturnüchtern geradezu in der Forderung nach einer Ausbildungstätte als Propädeutik für die Hochschule - dem humanistischen Lyzeum - und Oberschulen, die direkt in das Berufsleben hinführen sollen

- den technischen Oberschulen.

Die Auswirkungen dieses neuen Konzeptes zeigen sich auf drei Ebenen

- die Oberschule wird viel stärker in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Umfeld einbezogen und eingebunden;
- der Abschluß der Sekundarstufe II beinhaltet für alle Schüler sowohl eine berufliche Qualifikation als auch die Berechtigung zum Übertritt an die Hochschule;
- die Rolle und Funktion der Berufsschule sowie die Beziehung zwischen diesen beiden Schultypen müssen neu definiert werden.

Von diesen drei Ebenen stellt die letztgenannte für Südtirol die wichtigste dar, einmal weil in Südtirol - zum Unterschied vom restlichen Italien - das Berufsschulwesen sehr gut ausgebaut ist und eine wichtige, wenn nicht entscheidende Stelle in der Südtiroler Schulstruktur einnimmt, und zweitens, weil die Landesverwaltung die primäre Gesetzgebungskompetenz im Bereich der Berufsschulen besitzt.

Diese Überlegungen führen uns zu den Auswirkungen der Reform auf struktureller Ebene, die m. E. zu den wichtigsten zählen. Bereits die Abschaffung aller bestehenden Schultypen der Sekundarstufe II führt zu einschneidenden Konsequenzen.

1. Damit werden - endlich - die Lehrerbildungsanstalt und Kindergärtnerinnenschule als Schultypen aufgelöst, d.h. die Ausbildung der Grundschullehrer und Kindergärtnerinnen muß auf Hochschulebene erfolgen, wie es bereits im D.P.R. Nr. 417, Art. 7, vorgesehen ist. Dieses Problem werde ich noch einmal beim Punkt "Hochschulreform" aufgreifen.
2. Mit der Reform verschwinden auch die Lehranstalten (für kaufmännische Berufe, für Industrie und Handwerk, für Frauenberufe). Das Problem der Berufsschule - wir werden

im Verlaufe der Ausführungen mehrmals auf dieses Problem stoßen - wird damit wiederum akut. Aber auch eine weitere Konsequenz kann aufgezeigt werden: es verschwinden auch die Zwischenabschlüsse (mittlere Reife), d.h. der Besuch einer Oberschule eröffnet nur zwei Möglichkeiten: der Student führt das Studium bis zur Reifeprüfung zu Ende, oder er zöhlt zu den Studienabbrechern.

Konsequent zu Ende gedacht besteht das primäre Ziel der Oberschulreform darin, alle Jugendlichen bis zur Reifeprüfung zu bringen. Außer den bereits genannten sprechen noch weitere Gründe für diese These:

1. Die Schulpflicht wird bis zum 15. Lebensjahr für alle ausgedehnt (in einem bestimmten Ausmaß besteht bereits jetzt eine neunjährige Schulpflicht u.zw. wenn ein Jugendlicher im 14. Lebensjahr die 3. Klasse der Mittelschule nicht mit Erfolg abgeschlossen hat). Entscheidend jedoch ist m.E., daß die Schulpflicht in die Sekundarstufe II hineinreicht.
2. Das 9. Schuljahr, d.h. die erste Klasse der reformierten Oberschule dient als Orientierung, aber nicht für eine Entscheidung zwischen einer Oberschule und einer Berufsschule, sondern für die Entscheidung zwischen den möglichen Studienrichtungen. Welche Rolle hat die Berufsschule, was passiert mit den Studienabbrechern?

Das Orientierungsjahr einmal eingeschlagen wird zur Einbahn hin zur Reifeprüfung.

Die Auswirkungen dieses Konzeptes können unter zwei Gesichtspunkten analysiert werden:

- strukturell
- bildungspolitisch

1. In struktureller Hinsicht führt die - zumindest teilweise - Verlagerung der Schulpflicht in die Sekundarstufe II zu schwierigen Problemen hinsichtlich der Standortbestimmung für Oberschulen in Südtirol. Die Siedlungsweise der deutschen und ladinischen Bevölkerung - in sehr eingeschränktem Ausmaß auch der italienischen Bevölkerung - gestattet es nicht, dieses Pflichtschuljahr der Sekundarstufe II ausschließlich in den bestehenden Oberschulzentren einzurichten. Es müssen Außenstellen an einigen Mittelschulen errichtet werden. Damit wird aber das Konzept der Reform verwässert.

das ja gerade versucht, dieses 9. Schuljahr in der Oberschule einzubauen und es nicht als 4. Mittelschuljahr einzuführen. Darüber hinaus wird von der Reform das jahrelang vorgeschlagene Pflichtbiennium durch das sogenannte "Monocennium" ersetzt.

In einer weiteren Bestimmung der Reform wird es aber doch wieder in einem gewissen Anmaß eingeführt. Der Art. 10 sieht die Durchführung von Schulversuchen vor, die sich auch zum Ziel setzen sollen, die Voraussetzungen für den Abschluß der Mittelschule mit 13 Jahren und der Oberschule mit 15 Jahren zu schaffen. Da nun die Schulpflicht bis zum 15. Lebensjahr vorgeschrieben ist, wird über diese Schulversuche das Biennium gewissermaßen wieder eingeführt.

Hinsichtlich der Streuung der möglichen Fachrichtungen sieht Art. 29 die schrittweise Einrichtung aller in der Reform vorgesehenen Richtungen (ausgenommen den künstlerischen Bereich) in einem Schulbezirk vor. Auch hier wird Südtirol eine auf die lokalen Bedürfnisse und Möglichkeiten abgestimmte Lösung der Schulstandorte und der Streuung der Fachrichtungen entwickeln müssen, da es, bedingt durch die Schülerzahl - steht man von der Lehrer- und Schulraumproblematik ab - nicht möglich und vertretbar sein dürfte, in allen geplanten Schulbezirken alle Fachrichtungen vorzuschicken.

2. Als zweiten Gesichtspunkt habe ich die bildungspolitische Konzeption der zuständigen Schulpolitiker genannt. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Reform der Oberschule zu einem Ansteigen der Übertrittsquoten in die Oberschulen und damit zu einer Zunahme der Zahl der Maturanten führen wird. Die offizielle Schulpolitik sieht jedoch bereits jetzt einen Überhang, - Assessor Zelger verwendet dafür den Ausdruck "Maturitis" - sodaß eine Zunahme der Übertrittsquoten sicherlich auf Widerstand stoßen dürfte. Ich möchte nicht ausführlich im Rahmen dieses Kurzreferates auf diese Problematik eingehen. Bereits in der Broschüre von Marxhamer/Fischartschenthaier wird sowohl von einem zunehmenden Auseinanderklaffen der Bildungsbeteiligung zwischen den Sprachgruppen gewarnt - im Jahre 1977 legte rund jeder 6. deutsche und rund jeder 2. italienische Neunzehnjährige die Reifeprüfung ab - aber auch mit der

schlechte Abschneiden Südtirols im internationalen Vergleich der Maturantenquoten hingewiesen, sodaß den Autoren eine Erhöhung der deutschen Übertrittsquoten in Maturasschulen notwendig scheint.

So scheint m.E. das Handeln in dieser Hinsicht in diesen Bereich bereits jetzt notwendig, eine Forderung, die durch die Reform nur noch stärker unterstrichen wird.

Die Übertrittsquoten auf die weiterführenden Schulen liegen derzeit bei der deutschen Volksgruppe bei knapp 50% bei der italienischen bei rund 80%, wobei dieses Verhältnis noch mehr zu Ungunsten der deutschen Volksgruppe ausfällt, wenn die Abgänger mit mittlerer Reife (zwei- und dreijährige Lehrgänge der Lehranstalten) nicht mitgezählt werden, bemacht doch beinahe jeder zweite der deutschen Oberschüler eine Lehranstalt, bei den Italienern jedoch nur knapp jeder fünfte.

Ein Anheben der Übertrittsquoten führt - und dies soll nicht verschwiegen werden - zu einer Verschärfung der Schulraumproblematik - diese dürfte jedoch in ein paar Jahren gelöst sein -, und der Lehrerproblematik. Derzeit sind rund 47% aller Lehrer an den deutschen Mittelschulen und rund 20% an den deutschen Oberschulen, d.h. insgesamt 1025 Lehrkräfte, besetzt mit Jahresauftrag. Wird die Übertrittsquote um 20% angehoben, dann werden rund 150 Lehrkräfte mehr gebraucht, bei einem Anheben von 50% rund 400 Lehrkräfte (nicht eingerechnet der zusätzliche Lehrbedarf durch das erste verpflichtende Oberschuljahr). Auf diese Problematik werde ich noch kurz beim Punkt Hochschulkonzeption zurückkommen.

Ich möchte im Rahmen des Kurzreferates auf Detailprobleme, wie Lehrerfortbildung, Lehrpläne, Lehrbücher und Unterrichtsmaterialien nur verweisen, vor allem auch deswegen, weil die Landesverwaltung in diesen Bereichen eine, wenn auch nur sekundäre Zuständigkeit besitzt, und dieses Problem zu einem späteren Zeitpunkt noch ausführlicher zu diskutieren sein wird.

Es stellt sich abschließend zur Oberschulreform die Frage, ob die Südtiroler Landesregierung die Ziele, wie sie im Entwurf formuliert worden, realisieren will, wie weit sie davon abweichen will, wie weit sie davon abweichen kann, vorausgesetzt natürlich, der Entwurf wird in ein Gesetz umgewandelt.

- IV. Im Universitätsbereich sind die Rahmenbedingungen, die die Reform in Südtirol bestimmen könnten, ganz anders gelagert
- Südtirol besitzt keine eigene Universität
 - die Kompetenz des Landes beschränkt sich auf ein obligatorisches aber nicht bindendes Gutachten im Falle einer geplanten Errichtung einer Universität
 - in Südtirol werden seit einigen Jahren Kurse auf Hochschulebene durchgeführt (SBZ, Università Popolare)
 - derzeit laufen Verhandlungen für eine zwischenstaatliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Universitäten Innsbruck und Padua
 - die SVP hat sich mehrmals eindeutig gegen die Errichtung einer Universität in Bozen, die deutschen und italienischen Linksparteien haben sich dafür ausgesprochen.

Bei der Erörterung der Auswirkungen der Hochschulreform in Südtirol gehe ich vom Entwurf Malfatti aus. Es muß vorweg gesagt werden, daß m.E. dieser Entwurf sich vor allem mit strukturellen und Personalproblemen beschäftigt, die wohl kaum Auswirkungen auf Südtirol haben dürften. Bereiche, die für Südtirol interessant und wichtig wären, sind im vorliegenden Entwurf nicht angesprochen. So finden sich keine Hinweise auf eine internationale Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, auf die Möglichkeit, ausländische Dozenten zu beauftragen, auf Modalitäten für die Anerkennung von ausländischen Studententiteln und Teilzeitstudien. Auch der von allen Ländern geforderte Ausbau von Aufhalten der Studenten an ausländischen Universitäten im Studienverlauf wird nicht angesprochen. Ebenfalls fehlen Hinweise auf eine verstärkte Eingliederung dieser neukonzipierten Universität in die lokalen Gegebenheiten. Die Rolle der Universität für die Berufsausbildung auf akademischer Ebene wird ebenfalls nicht dargelegt. Aus diesen Gründen können kaum Auswirkungen auf Südtirol durch die Hochschulreform, wie sie im Entwurf Malfatti konzipiert wird, aufgezeigt werden. Die entscheidende Auswirkung ergibt sich vielmehr aus der Oberschulreform: Die Anhebung der Ausbildung der Kindergärtnerinnen und der Grundschullehrer auf Hochschulebene, abgesehen von der Notwendigkeit eigene Ausbildungsgänge für die Sekundarlehrer zu schaffen, führt m.E. notwendigerweise auf die Frage nach einer wie immer gestarteten Hochschule in Südtirol zurück: auf Dauer kann weder Italien noch Österreich

die Ausbildung der Lehrkräfte für alle Schulen Südtirols, sei es der deutschen oder der ladinischen aber auch der italienischen Schulen übernehmen. Es müssen eigenständige Lösungen im Lande selbst erarbeitet werden. Die SVP hat in einer Entschliebung zur Universitätsfrage in Südtirol vom 19. April 1971 festgestellt, daß "die Nachwuchserfordernisse der Studierenden allein die Errichtung einer eigenen Universität zur Zeit nicht rechtfertigen". Vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, zumindest den Rahmen abzustecken, in den eine Hochschulstruktur in Südtirol gestellt werden soll, vorausgesetzt die Ober- und die Hochschulreform werden in Italien realisiert. Grundsätzliche Überlegungen über dieses Problem, die jetzt angestellt werden, können dazu beitragen, daß Überraschungen durch eine plötzliche Realisierung der Reform weitgehend vermieden werden können.

Ich habe in meinen kurzen Ausführungen versucht, Ihnen die wichtigsten Auswirkungen der Ober- und Hochschulreform auf Südtirol darzulegen. Dabei habe ich weitgehend eine Bewertung der Ziele und Grundsätze dieser Reform vermieden. Dies soll vielmehr im Rahmen der Diskussion erfolgen.

Hellmuth Ladurner

Anmerkung: P. Tschurtschenthaler - M. Murhammer, Modellrechnungen zur Entwicklung der Schülerzahlen in Südtirol, Heft 10/1978, Reihe B, 8 Forschungsberichte, Seite 82 und 105.

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

SAURER OTTO (Diskussionsleiter)

Im Namen der Arbeitnehmer in der SVP darf ich alle Erschienenen recht herzlich begrüßen, insbesondere unseren Bischof, Msgr. Forer, und den österreichischen Generalkonsul in Mailand, Dr. Irdinger. Wir kommen jetzt zum zweiten Teil der Tagung, der mehr politischen Charakter hat. Gestern war mehr der Fachcharakter im Vordergrund. Heute ist der Tag einer Begegnung zwischen Vertretern der Südtirol Hochschülerschaft und Vertretern der Südtiroler Volkspartei. Es geht vor allem um die gestern behandelte Thematik, also um die Ausbildung und den Arbeitsmarkt im akademischen Bereich, es geht ganz allgemein um die Wirtschafts- und Bildungspolitik des Landes. Für diejenigen, die gestern nicht hier waren, kann ich kurz zusammenfassen: Gestern ist geredet worden - und zwar hat das Referat Prof. Clement von der Universität Wien gehalten - über die Funktion der Universität in der heutigen Zeit. Er hat dabei die Funktion der Universität im Bereich der permanenten Weiterbildung sehr stark betont. Aus rein wissenschaftlicher Sicht ist er dabei zum Schluß gekommen, daß die neue Universität, die in Österreich und auch in Deutschland noch nicht vorhanden, aber wovon Ansätze in England und in Frankreich vorhanden sind, unter Umständen eigene Einrichtungen hier im Lande erfordert, will sie ihrer Funktion gerecht werden.

Das zweite Referat von Dr. Lukesch hat sich mit der Frage des Arbeitsmarktes befaßt. Er ist zum Schluß gekommen, daß man sich in den nächsten 10 Jahren (besonders was die deutsche Volksgruppe

anlangt) weder Sorgen über den sogenannten Akademikerberg, noch über die sogenannte Maturantenschwemme zu machen braucht und daß gerade innerhalb der deutschen Volksgruppe, im Vergleich zu den benachbarten Räumen, ein großer Nachholbedarf vorhanden ist. Prof. Clement ist leider heute nicht mehr da, aber Dr. Lukesch ist da und er kann auch sicher die eine oder die andere Frage im Zusammenhang mit dem Referat von Prof. Clement beantworten, sollten sie noch gestellt werden.

Am Nachmittag haben wir uns dann über die Oberschul- und die Hochschulreform in Italien unterhalten, wobei festgestellt worden ist, daß die Oberschulreform doch einige Konsequenzen für unser Land mit sich bringen wird - gerade was die Ausbildung der Lehrer und der Kindergärtnerinnen anbelangt. Die Hochschulreform, so wie sie jetzt angelegt ist, enthält für das Land keine besonderen Bestimmungen und bringt in dieser Form auch keine Konsequenzen mit sich. Unter Umständen wird man sich aber überlegen müssen, ob angesichts der Probleme auf dem Gebiet der postsekundären oder postuniversitären Ausbildung bzw. der ganzen Lehrerausbildung nicht die eine oder andere Sonderbestimmung in die nationale Reform zu unseren Gunsten eingebaut werden soll, oder ob, wie Prof. Clement meint, überhaupt ein Diskurs sui generis für uns hier zu machen ist. Die nachmittägigen Referate haben gestern gehalten: Dr. Amatucci, der Hauptverantwortliche im Ministerium für Unterricht für den Bereich Hochschule, und der Dr. Ladurner, der Leiter des Amtes für Bildungsplanung bei der Südtiroler Landesregierung.

Das war ein kurzer Überblick über das, was gestern besprochen wurde, und ich kann jetzt dazu übergehen, die Teilnehmer an der heutigen Diskussion vorzustellen.

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
 "AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
 IM AKADEMISCHEN BEREICH"

SAURER OTTO (Diskussionsleiter)

Ich würde vielleicht beginnen mit Dr. Ladurner, den ich bereits vorgestellt habe, dann Dr. Hosp, er ist Landes-Sekretär der Südtiroler Volkspartei; Senator Mitterdorfer, Mitglied der Unterrichtskommission des Senates; Dr. Lukesch, Assistent am Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Universität Innsbruck; Günther Pallaver, bis vor kurzem Vorsitzender der Südtiroler Hochschülerschaft; er ist jetzt von Reinhold Staffler abgelöst worden; Christoph von Hartungen, bis vor kurzem Kulturreferent der Südtiroler Hochschülerschaft, und als letzter Mag. Kusstatscher, Vertreter der Arbeitnehmer innerhalb der Südtiroler Volkspartei und Vizepräsident des Landessozialausschusses der Südtiroler Volkspartei. Ich glaube, wir könnten jetzt mit der Diskussion beginnen.

Ich darf Herrn Senator Mitterdorfer um seine Stellungnahme ersuchen.

SENATOR Dr. KARL MITTERDORFER (SVP)

Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich sehr froh, daß ich die Gelegenheit habe, mich mit so vielen Leuten zu begegnen und möchte sie ausnützen, um einiges aus meiner Erfahrung zu sagen. Ich habe verstanden, daß die Thematik nicht sehr beschränkt sein soll auf das reine Arbeitsmarktnetz, sondern wir darüber hinaus alles ein bißchen ansprechen sollten, was gestern hier bei dieser Tagung besprochen worden ist. Ich möchte also zwei Punkte herausgreifen. Der eine Punkt ist der: Es wird immer wieder gesagt,

wir seien eigentlich in unserer ganzen Entwicklung zurück und wir hätten noch nicht die Standards vergleichbarer Länder, insbesondere Österreichs, auf dem Sektor der Akademikerausbildung erreicht. Das wird sicher stimmen. Es stimmt, weil wir ja von einer ganz anderen Ausgangsposition ausgegangen sind. Die anderen Länder haben die Schwierigkeiten, die wir politisch bis nach dem 2. Weltkrieg gehabt haben, nicht gehabt. Wir können ja nicht übersehen, daß wir aus einem ganzen Bereich, in dem sehr wesentlich akademische Berufe drinnen sind, ausgeschlossen waren. Ich meine die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, und daß wir im wesentlichen auf die Landwirtschaft und mit Einschränkungen auf gewisse weitere Tätigkeitsbereiche angewiesen waren. Aber der ganze Bereich der Schule, der ganze Bereich der öffentlichen Verwaltung war ja für uns verschlossen. Sie erinnern sich vielleicht noch an die Statistik, die erstmals im Jahre 1955 aufgestellt worden ist und in der wir festgestellt haben, daß von unseren Volksschülern nicht mehr als 1/3 zu einer weiteren Schulausbildung gelangten. Und wenn wir diesen Ausgangspunkt, den wir 1955 festgestellt haben, hernehmen, dann müssen wir sagen, daß wir bis heute doch einen ganz enormen Weg zurückgelegt haben. Sicher haben wir noch nicht die Standards erreicht, die z. B. Österreich oder andere vergleichbare Länder haben. Wir haben gestern von Herrn Lukesch gehört, wie weit wir noch zurück sind und daß wir erst um die Jahrhundertwende etwa das erreichen, was heute Österreich hat. Aber wir müssen auch die unterschiedliche Struktur von unserem Land zur Kenntnis nehmen und auch miteinbeziehen in diese Berechnung. Ich glaube, daß wir für Akademiker auf eine längere Sicht hinaus - und da bin ich vollkommen einverstanden mit dem, was gestern gesagt worden ist - noch keine Befürchtungen einer Schwemme haben brauchen, wenn es sich auch als

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

SENATOR Dr. KARL MITTERDORFER (SVP)

notwendig erweisen wird, in den Sektoren, wo wir diese Akademiker brauchen, eine gewisse Lenkung vorzunehmen, wobei jeder natürlich frei entscheiden kann. Ich bin der Meinung, daß jeder frei entscheiden soll, wo er hingehen will, aber daß eben doch über die Voraussetzungen, die Möglichkeiten und die Chancen immer besser informiert wird, damit er in seiner Wahl auch den richtigen Sektor leichter treffen kann. Wir haben noch Wahlmöglichkeiten, während wir wissen, daß in anderen Gebieten, auch im italienischen Staat, schon eine kritische Situation erreicht worden ist. Ich meine hier im Lehrberuf, wo eine Überzahl von Akademikern vorhanden ist, die nicht mehr so ohne weiteres den Zugang finden, ich denke an den Medizinerberuf, wo wir ja unten hören, daß alle, auch diejenigen Parteien, die früher einmal für den freiesten Zugang zu allen Studien waren, etwa die kommunistische Partei, schon anfangen vom "numero programmato" zu reden und ähnlichen Dingen, d. h. von einer gewissen Einschränkung.

Zum zweiten Punkt möchte ich ganz kurz anführen: Oberschulreform und Hochschulreform. Selbstverständlich sind wir von der Oberschulreform und von der Hochschulreform auch mit betroffen. Sie wirkt sich auch auf uns aus, weil die grundsätzlichen Leitlinien dieser Reform selbstverständlich auch für unsere Schule Anwendung finden werden. Ich muß aber nur davor warnen, daß man so tut, als ob die Reform schon da wäre, nur deswegen, weil eine Vorlage, sei es von der Regierung, sei es von den Parteien, nun aufliegt:

Das ist nicht der Fall. Bei der Oberschulreform sind wir allerdings schon einen Schritt weitergekommen, da diese Oberschulreform in der Abgeordnetenkammer schon verabschiedet ist, verabschiedet durch das Abkommen einer Regierungsmehrheit, in der Kommunisten, Sozialisten u. s. w. drinnen waren. Das war die letzte regierungsunterstützende Mehrheit vor den Wahlen. Die Oberschulreform ist in den Senat gekommen, hat dort einen ersten Bericht erfahren und in dem Bericht sind eine ganze Reihe von Problemen wieder aufgeworfen worden, die, jedenfalls aus der Sicht des Senats, nicht richtig geregelt sind oder zweifelhaft sind oder einer Änderung bedürfen. Ich gehe deshalb davon aus, daß diese Oberschulreform, wie sie in der vergangenen Legislatur von einem Haus verabschiedet worden ist, im zweiten aber noch nicht zur Behandlung gekommen ist, nicht so wie sie ist, durchgeführt wird, sondern daß hier noch ganz wesentliche Änderungen erfolgen werden. Ich mache nur ein Beispiel für viele, nur um zu sagen, um was es dabei geht. Wir werden uns selbstverständlich einsetzen, daß die Dinge nicht zu grob kommen. Man möchte also die Pflichtschule in die Oberstufe weiterführen und zumindest die erste Klasse der Oberschule als eine Pflichtschule, die zur Pflichtmittelschule in einem gewissen Zusammenhang steht, einführen. Man hat sich bisher zu wenig Gedanken gemacht, wie man eine solche erste Klasse Pflichtoberschule dann gestalten soll, weil sie dann einen ganz anderen Charakter haben müßte als die bisherige Oberschule und eher an die Mittelschule angehängt werden könnte. Wir sind der Meinung, wenn es schon zu dieser Ausweitung der Pflichtschule kommt, daß dann die 4. Klasse zumindest an die Mittelschule angegliedert wird, weil sie von dort aus weitergeführt werden könnte, ohne einen Bruch in das ganze System zu bringen, und ohne die Schwierigkeiten, die sie in der Oberschule,

PODEINDISKUSSTON ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

SENATOR Dr. KARL MITTERDORFER (SVP)

wenn sie dort angehängt wäre, erfahren würde. Das ist nur ein Beispiel für viele.

Was die Hochschulreform anbelangt, da sind wir also noch lange nicht so weit, daß die Grundlinien schon vollkommen geklärt wären. Etwas ist nicht geklärt, u. z. ob es in dieser Hochschulreform einen Diplomtittel geben soll nach einem zweijährigen Hochschulstudium, eine "laurea" nach einem vierjährigen und nach weiteren vier Jahren evtl. ein "dottorato di ricerca scientifica", das allerdings nicht berufsbehebend sein würde, sondern das eine reine wissenschaftliche Weiterbildung darstellt, etwa für den Universitätslehrberuf. Dieser Titel sollte aber nicht berücksichtigt werden bei der Vorgabe von entsprechenden Posten, die den Akademikertitel vorsehen. Wir haben in diesem Zusammenhang versucht, unsere Belange insofern einzubringen, als wir die Voraussetzung schaffen möchten, daß zunächst einmal eine universitäre Zusammenarbeit über die Grenzen ermöglicht wird. Das ist etwas, was heute überhaupt in Europa zu einer Notwendigkeit geworden ist und eigentlich von allen eingesehen wird. Zum zweiten wollen wir auch vom Land aus eine Möglichkeit bekommen, hier mitzureden. Denn wenn wir hier in unseren Belangen, die ja ganz anders gelagert sind, als die des übrigen Staates, nicht irgendwo eine Möglichkeit haben, dies zu regeln, dann wird diese Reform über unsere Köpfe hinweggehen und etwa bereits bestehende Abkommen und bestehende Situationen nur verschlechtern. Interessant, und das ist mein letztes

Wort, ist in diesem Zusammenhang, daß Ministerpräsident Cossiga in seiner Regierungserklärung, eine Zusicherung gegeben hat, daß im Rahmen der Durchführungen zu den bestehenden Maßnahmen oder zum Statut auch die Frage der Universität irgendwie einbezogen wird. Sie können das in der Zeitung nachlesen. Dankeschön.

GÜNTHER PALLAVER (Ex-Vorsitzender der SH)

Das Thema Ausbildung und Arbeitsmarkt im akademischen Bereich kann für Südtirol nicht nach den üblichen bildungsökonomischen Grundsätzen behandelt werden, sondern muß auf Grund unserer spezifischen Situation unter weit differenzierten Gesichtspunkten angegangen werden.

Erstens hängt die Rolle der deutschsprachigen Bevölkerung nicht zuletzt von ihrem Bildungsstand ab. Der Ausgang des Wettkampfes um diese Rolle, welche die Südtiroler in Zukunft in ihrem Lande einnehmen werden, hängt in erheblichem Maße von der Anstrengung ab, die in die Verringerung des Bildungsdefizites der deutschen Minderheit und in die Reform und in den Ausbau des Bildungssystems investiert werden.

Nachdem am Anfang der siebziger Jahre die Einsicht vorherrschte, das Bildungsdefizit abzubauen, kam es 1975 auf diesem Gebiete bereits wieder zu einem Umschwung, ausgelöst durch eine Untersuchung des Referates "S" in der Nordtiroler Landesregierung, wonach für Südtirol der Bedarf an Akademikern bis 1981 gedeckt sei - eine Untersuchung, deren Ergebnis mir mehr als zweifelhaft erscheint und nebenbei dokumentiert, wer in Südtirol überhaupt Bildungspolitik betreibt. Nebenbei bemerkt hatte es unser großer Bruder im Norden bereits 1970 verstanden, gegen den ausdrücklichen Willen unseres Landesrates Zelger universitäre Einrich-

PODLUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

GÜNTHER PALLAVER (Ex-Vorsitzender der SH)

tungen in Bozen platzen zu lassen. Das tagtäglich an die Wand gemalte Gespenst des akademischen Proletariats und die pathetische Warnung vor der bereits eingesetzten Maturitis darf ebenfalls nicht unwidersprochen bleiben.

In Südtirol besteht ein großer Bedarf an akademisch gebildeten Lehrkräften und die geplante Oberschul- und Universitätsreform wird dieses Problem noch verschärfen. Ebenso besteht ein großer Bedarf an qualifizierten Kräften in vielen Wirtschaftszweigen (Verwaltung, Sanität usw.)

Deshalb braucht es gerade für unser Land eine langfristige Wirtschaftsplanung, um zu wissen, welche Ausbildung angestrebt werden soll. Diese Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsplanung fehlt in unserem Lande vollkommen und wenn jetzt auch so schnell in einer dreimonatigen Arbeit dies nachgeholt werden soll, nur um einem Staatsgesetz Genüge zu tun, kann dies noch lange nicht über die objektiven Notwendigkeiten hinwegtäuschen.

Ich würde sogar soweit gehen und sagen, daß man in Südtirol bildungsökonomisch gesehen nicht ein nachfrageorientiertes Modell nach wissenschaftlicher Ausbildung verfolgen sollte, sondern den Schwerpunkt auf ein gemischtes Modell zwischen Angebot und Nachfrage legen sollte.

Als ein weiterer Aspekt der Bildungsfrage in Südtirol muß noch die Notwendigkeit eines durchschnittlich höheren Bildungsniveaus angeführt werden, soll das Problem des Zusammenlebens von drei Volks-

gruppen im Lande im Zeichen der Toleranz, Verunft und Solidarität gelöst werden. Deshalb muß auch endlich eine unserer vielen heiligen Kühe geschlachtet und gesagt werden, lieber einige Akademiker zu viel als zu wenig, lieber einige Akademiker, die außerhalb unseres Landes einer Arbeit nachgehen, auch wenn ihnen dadurch vielfach der Vorwurf gemacht wird, ihr Volk im Stich gelassen zu haben, als einige Akademiker zu wenig und folglich ein niedrigeres Bildungsniveau.

Es bedarf deshalb eines langfristigen Konzepts auf dem Bildungssektor, es bedarf einer langfristig eingeleiteten Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsplanung, es bedarf eines ausgeprägten Informationssystems auf diesen Sektoren und es ist unbedingt notwendig, daß man von kurzfristigen Lösungen abkommt. Die Flickwerkpolitik, bei der zwischen Notstandsgesetzen und stillen pragmatischen Lösungen herumgewurstelt wird, wie es Kollege Kusstatscher in einem Skolastartikel einmal formuliert hat, hat endlich aufzuhören. Und letztlich noch eins: Weniger falsch verstandene Deuschtümelei in der Bildungspolitik und dafür mehr Transparenz und mehr Verantwortung in der Bildungsfrage, gerade auch in Hinblick auf Bestand und Entwicklung der deutschsprachigen Bevölkerung und in Hinblick auf ein friedliches und konstruktives Zusammenleben der Volksgruppen. Auch ist die bildungspolitische Entwicklung nicht vor den Toren Südtirols stehen geblieben und bildungspolitische Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene werden auf Südtirol ihre Auswirkungen haben.

Es ist auch klar, daß wir von der Südtiroler Hochschülerschaft die Diskussion auch auf das Problem von universitären Strukturen im Lande hinlenken. Dieses Problem, das wir immer mit maximaler Seriosität angegangen sind - und es sind gerade auch Leute gewesen, die heute hier

PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

GÜNTHER PALLAVER (Ex-Vorsitzender der SH)

am Rednerpult sitzen -, ist allerdings von der SVP und der Monopolpresse immer schnellstens abgeblockt und gegen universitäre Strukturen in Südtirol zu Felde gezogen worden.

Das Problem Hochschule in Südtirol wird nach wie vor - und heute fast noch mehr als früher - mit einer Formel abgewehrt, deren Bedeutung von den meisten kritiklos, anstandslos und inhaltslos übernommen wird: mit dem Hinweis auf die geistige Einheit des Landes Tirol und auf die Landesuniversität Innsbruck scheint das Problem für diese Leute gelöst zu sein.

Es sind aber objektive Gegebenheiten vorhanden, die - wie gestern alle Referenten unterstrichen haben - universitäre Strukturen für Südtirol unbedingt notwendig machen.

Die SVP hat universitäre Strukturen in Südtirol immer kategorisch abgelehnt. Ich hoffe aber, daß es dennoch in der SVP Kräfte gibt, die diese Notwendigkeit von universitären Einrichtungen im Lande einschätzen und mit Verantwortungsbewußtsein und mit Seriosität und Sachlichkeit diese Problematik angehen und nicht mit Argumenten herumwerfen, wie dies unser Landesrat Zelger bei einer der letzten Nord-Südtirol-Besprechungen in Wien gemacht hat, wo er zum Besten gab: "In Südtirol wird nie eine Universität kommen, denn wir brauchen in Südtirol nicht das kommunistische Gesindel an der Universität".

MAG. SEPP KUSSTATSCHER (Vize-Präsident des Landessozialausschusses der SVP)

Darf ich vorausschicken, daß ich nicht im Namen des Sozialausschusses der SVP spreche, sondern in eigenen, denn diese Problematik ist im Sozialausschuß noch nie diskutiert worden. Ich möchte von der Problematik des Arbeitsmarktes ausgehen, vielleicht wissen einige unter Ihnen, daß das Staatsgesetz Nr. 285/74 zur Überwindung der starken Jugendarbeitslosigkeit in Italien versucht hat, dieses Problem in den Griff zu bekommen, und zwar vor allem mit einer Koppelung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Die damalige Statistik hat ergeben, daß Südtirol davon sozusagen überhaupt nicht betroffen ist, weder bei den qualifizierten noch bei den nichtqualifizierten Arbeitskräften. Die Jugendarbeitslosigkeit bestand sozusagen überhaupt nicht, jedenfalls nicht bei der deutschen Volksgruppe. Warum? Weil es bei uns vor allem durch das Lehrlingsystem eine frühe Koppelung zwischen Arbeitsmarkt und Ausbildung gegeben ist. Das ist sicher unter anderem auch ein Grund. Wir brauchen nur die Koppelung der Berufsfachschulen mit dem Arbeitsmarkt bei uns mit den italienischen Verhältnissen vergleichen. Bei uns haben die Berufsfachschüler, die an den Berufsschulen in Bruneck, Brixen, Meran und Bozen eingeschrieben sind, bereits bei ihrer Einschreibung in die Schule eine Zestätigung eines Betriebes bei sich, daß sie dort nach Abschluß der Ausbildung in den Betrieb kommen, d. h. daß eine Überproduktion fast nicht möglich ist, während das bei den Italienern, die diese Fachschulen erst hart aufgebaut haben, nur 60 bis 70 % einen adäquaten Arbeitsplatz finden. Das hat der zuständige Landesrat vor zwei Tagen bei der Tagung der Industriellen anläßlich der Bozner Messe

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

MAC. SEPP KUSSTATSCHER (Vize-Präsident
des Landessozialausschusses der SVP)

auch zugegeben. Ich möchte damit nicht einer zu frühen Professionalisierung das Wort sprechen, auch angesichts dessen, was bei uns vielfach in der Berufsschule passiert und weil eine zu schmale Grundausbildung feststellbar ist. Aber ich glaube, daß diese frühe Professionalisierung jedenfalls noch das kleinere Problem ist als keine Professionalisierung. Ich sage das, vor allem in Hinblick auf die Oberschulreform, die vor allem eine Schwierigkeit mit sich bringen wird: Wenn dieses neunte Schuljahr der Oberschule vorausgehängt oder an die Mittelschule angehängt wird, werden sehr viele sozusagen automatisch die Einbahn Oberschule/Matura weitergehen, und dann werden vor allem die Fachkräfte im Gewerbe fehlen. Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Die zu frühe Spezialisierung hat Probleme, aber sie ist jedenfalls das kleinere Problem als keine Professionalisierung. Ich möchte anknüpfen an das, was gestern hier gesagt worden ist. Wenn gestern mit Statistiken belegt worden ist, daß die Akademikerdichte, die bei uns 1991 so stark sein wird wie in Österreich 1971, wir also erst 20 Jahre später diese Dichte haben werden, diesen prozentuellen Anteil im Arbeitsmarkt; wenn wir wissen, daß im Rahmen der Oberschulreform, -- sie wird sicher kommen -- die Ausbildung der Lehrer und der Kindergärtnerinnen auf Hochschulebene angehoben wird; wenn wir weiters die ganze Problematik bedenken, die die Landesverwaltung immer wieder bei den Problemen Bildungsforschung und insbesondere Berufsbildungsforschung hat, wird meines Erach-

tens zwangsläufig eine Struktur im Lande, die nicht nur mit Wochenenddozenten auskommen kann, eine Hochschulstruktur erforderlich sein, vor allem wenn man zusätzlich bedenkt, was gestern Professor Clement deutlich gemacht hat, daß die Hochschule nicht nur die konventionelle Aufgabe der Ausbildung von Akademikern, sondern vor allem die Öffnung hin zur Erwachsenenbildung, zur ständigen Weiterbildung erhalten soll. Ich glaube, daß wir am ehesten noch die reine Akademikerausbildung delegieren können an andere Universitäten, daß es sicher einem Studenten nicht schadet, wenn er nach Florenz, nach Wien, nach München, nach Zürich geht und dort sein Fachstudium macht, daß aber all die Aufgaben, die eine Hochschule auch hat, überhaupt nicht delegiert werden können. In einer Broschüre des Amtes für Bildungsplanung ist als Erkenntnis vor allem der Berufsbildungsforschung erwähnt, daß eine Aufholpolitik und nicht nur immer eine Notstandspolitik gemacht werden sollte, die einzig richtige Schlußfolgerung also darin besteht, und man kann das ohne weiteres auch volkstumspolitisch sehen, in die Aufholpolitik einzusteigen. Ich glaube also, daß wir vor einer Akademikerschwemme keine Angst zu haben brauchen, zumindest in einigen Bereichen nicht, z. B. daß wir zu viele Lehrer oder zu viele öffentliche Bedienstete haben werden; die schlechte Besoldung sorgt schon dafür, daß die guten Kräfte ganz sicher wieder davonschwimmen, entweder in die Privatwirtschaft oder ins Ausland. Und wenn die schlechten zurückbleiben, umso mehr brauchen wir eine Lehrerfortbildung, Beamtenausbildung und Beamtenweiterbildung. Wenn es nur die Angst vor Akademikerschwemme und vor der Bildung ist, die eine solche Hochschulstruktur nicht zulassen will, dann würde ich sagen, eine gezielte Information kann diese Angst abbauen. Dankeschön.

DISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

RICCARDO STAFFINI (Vorsitzender der SEI)

Es war mir aus von der Südtiroler Hochschülerschaft noch ziemlich überraschend und erfreulich, daß wenn auch mit vielen Verständlichen wenn auch Abern-Prof. Diemann aus Wien eine Universität in Bozen befürwortet und Dr. Ludesch mit bewusster Aufmerksamkeit, die Jungen, die immer von der Akademikerbewegung sprechen, von akademischen Prof-Leser am Wind aus dem Sogare raus. Ich möchte nun nicht auf die einzelnen Zahlen eingehen, ich möchte aber nur das wiederholen, was oben der Kollege zusammengefasst wiederholt hat, daß eben Südtirol bis 1981 den gleichen Prozentsatz an erwerbstätigen Akademikern unter den gesamten Bewerberströgen aufweist, wie Maroufrol im 1971 hatte. Ich glaube diese Zahlen stimmen. Es dürfte allen bekannt sein, daß sich die Südtiroler Hochschülerschaft schon seit langer Zeit für eine UV in Bozen einsetzt und da mußte man jetzt einmal ein Verständnis mit denen, die sich mit diesem Problem nicht so sehr beschäftigt haben, immer wieder aufkommt. Wenn wir von einer UNI in Bozen sprechen, dann meinen wir von Südtiroler Hochschülerschaft selbstverständlich keine Volluniversität, das wäre komplett unrealistisch. Wir sind für universitäre Strukturen, wenn wir jemand herkommt und sagt, der will ihr mit Medizin oder mit Technik in Bozen, dann finden wir das auch vollkommen absurd. Ich meine für Medizin oder Technik würde das Gold fehlen und so weiter. Es gibt unter den Befürwortern einer Universität in Bozen einen kleinen gemeinsamen Nenner für verschiedene Fachrichtungen: eine juristische Fakultät und eine für Wirtschaftswissen-

schaften. Auf dem juristischen Gebiet müßte noch sehr viel nachgeholt werden. Es gibt von seiten der Südtiroler Hochschülerschaft sehr viel gut durchdachte Modelle zur Frage, die dieser Forderung voransteht, nämlich "Ausbildung und Arbeitsmarkt im akademischen Bereich" wurde schon bei Stellungnahme 1974 angesprochen und ich möchte nicht weiter auf diesen Problembereich eingehen. Ich möchte nur noch abschließend sagen: Vorzeiten der Südtiroler Hochschülerschaft haben wir den Meinungen der gestrigen Referenten Dr. Ludesch und Prof. Diemann nicht viel hinzuzufügen. Was was aber wichtig erscheint und immer wieder betont werden soll, ist das Problem einer Hochschule in Bozen, das nicht nur rein von einem ökonomischen Standpunkt aus gesehen werden soll, sondern daß es andere Aspekte gibt, die viel leichter für eine universitäre Einrichtung sprechen. Ich möchte dazu abschließend einige Punkte aufzählen. Es soll unsere Meinung nach Ziel der Bildungswelt sein, möglichst vielen Menschen eine hochwertige Bildung zu vermitteln. In dieser Perspektive ist die allgemeine Aufgabe der Hochschulbildung grundsätzlich positiv zu beurteilen. Ein anderer Punkt für eine universitäre Struktur zu präzisieren, wie der, daß eine Hochschule eine Verdichtung des geistigen und kulturellen Lebens zur Folge hat. Immer wieder wird hier selbst eine Meinung bilden, ob die Kultur in Südtirol sich mit nur geringen Ansprüchen begnügt. Das entspricht einer eigenen kulturellen Identität: weg von importierter Kultur - das wäre für eine Universität in Bozen eine sehr wichtige Aufgabe. Sie könnte die Funktionen übernehmen, welche Probleme zu erforschen, das Forschungsprojekte in Lande ausgeführt werden und nicht, daß Forschungsprojekte für höheres Geld an ausländische Universitäten vergeben werden, als diese Forschungsprojekte langsam dann in irgendeiner Schublade landen, weil sie für die Realität von Südtirol nicht

PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA:
"ANFERTIGUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

ERICH HÖLDER (Vorsitzender der SH)

zutreffen. Eine Universität würde umschreiben, unsere Kräfte zu sammeln und sich könnte ein Zentrum der Bewusstseinsbildung werden. Der Universität Innsbruck kann und gelingt diese Aufgabe nur teilweise, weil sie - wie schon gestern selbst (Universitätsprofessor Clement gesagt hat - der Realität nicht Genüge tut. Ganz kurz noch einige Aspekte. Die bildungspolitische Funktion einer Universität ist davon bestimmt in der Verwirklichung des Rechts auf Bildung und - was gestern noch gestern gesagt wurde - des Rechts auf permanente Weiterbildung. Dann kann eine Universität in Bozen dazu führen, daß mehr Qualität als Quantität vorherrschen wird - weg von der Schnellstudienkurve, wie sie hier in Südtirol gemacht werden, Abkehr von der Massenuniversität und vom elitären Ausbildungssystem, Abkehr von der Verschulung des Ausbildungssystems, Symbiose von Lehre und Forschung, dann der Bezugspunkt der Universität zur Gesellschaft, dann die kulturpolitische Funktion, wie ich schon gesagt habe, jeder Grund und Vervollständigung der Südtiroler Kultur, Bildung einer eigenen kulturellen Identität und Brückenfunktion des kulturellen Austausches zwischen dem deutschen und italienischen Kulturraum. Dann nicht zu vergessen die gesellschaftliche Funktion, Abbau der sozialen Klassen, Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus und dann ein friedliches und konstruktives Zusammenleben der Volksgruppen. Das ganz kurz einige Aspekte, die nach unserer Meinung für eine Gründung einer Universität in Bozen sprechen.

CHRISTOPH VON HARTUNGGEN (Kulturreferent der SH)

Meine Aufgabe soll es sein, den Standpunkt der Südtiroler Volkspartei, bzw. ihre Gegenargumente gegen eine universitäre Gründung, aufzuzeigen und kritisch zu durchleuchten. Ein sehr gewichtiges Gegenargument der SVP war es, daß eine Universität im Widerspruch zum Pariser Vertrag stünde. Im Pariser Vertrag ist die Anerkennung von Studientiteln zwischen Österreich und Italien verankert und somit würde dieser Passus umgangen und hintergangen und somit der Pariser Vertrag verletzt werden. Dann die alte Forderung der Südtiroler Hochschülerschaft nach einer doppelsprachigen Universität. Hier kommt unverweigerlich das Argument, dies führe zur Mischkultur, zur totalen, schleichenden, aber sicher eintretenden Überfremdung, zur Vereinatmung von Massen aus Italien, wobei man sich niemals die Mühe gemacht hat, auf die Problematik einzugehen und die Forderung der Südtiroler Hochschülerschaft nach einer gediegenen Doppelsprachigkeit, der an der Universität ein natürlicher *numerus clausus* wäre, zu prüfen. Dann, eine Universität in Bozen würde unverweigerlich zu einer Provinzuniversität degradiert werden, man würde Lehrkräfte dritten oder vierten Ranges hereinbekommen und was noch problematischer wäre, der Südtiroler Student würde in Südtirol bleiben und hätte nicht mehr die Möglichkeit, ins Ausland oder nach Italien zu gehen und so aus der heimatischen Enge hinauszukommen, was ja an und für sich auch stimmen mag, aber wenn man sieht, daß über 50 % der Studenten nach Innsbruck gehen, ist für mich dieses Argument a priori nicht so schwerwiegend. Dies zum ersten. Und zweitens wird auch die andere Funktion, die Kollege Staffler schon erwähnt hat, geflissentlich verschwiegen, nämlich jene auf kulturellem Sektor und dem Ge-

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

CHRISTOPH VON HARTUNGEN (Kulturreferent
der SP)

biet der Weiterbildung. Dann wird das wirtschaftliche Argument noch herausgezogen, es sei finanziell nicht tragbar. Der finanzielle Aspekt mußte natürlich Gegenstand von Verhandlungen sein, die auf Regierungsebene geführt werden. Daran dürfte es nicht scheitern. Weiters, das Einzugsgebiet sei zu klein, man ginge besser auf die gesamttirolerische Landesuniversität nach Innsbruck. Dazu gibt es ja immer wieder Bestrebungen, nicht zuletzt die sogenannte Gleichstellung der Südtiroler in Österreich auf bestimmten Verwaltungsgebieten, d. h. daß sie jetzt ohne größere Schwierigkeiten Universitätsassistenten werden können usw. Man sagt eben: Seht, wir machen euch die Bahn frei in Innsbruck oder in Österreich, was wollt ihr überhaupt noch in Südtirol, in Bozen eine Universität, es ist doch völlig sinnlos, geht doch hinaus. Aber, niemand hat sich hier auf eine Diskussion, ob Teiluni, ob Volluni, ob Uni mit ausgeweiteten Forschungsaufträgen, mit nachuniversitärer Ausbildung eingelassen.

Wir haben gestern und heute gehört, daß der Bedarf an akademischen Arbeitskräften sehr wohl vorhanden ist, man habe bis jetzt versucht, sich durch so notdürftige "Notstandslösungen" zu behelfen (SBZ), hat aber eingesehen, daß dies nicht zukunftsweisend sein kann und will hier jetzt eben abrüsten. Man sieht allerdings, wieviele Punkte und Tabus allmählich in Diskussion gekommen sind, und nicht nur außerhalb der Partei, sondern auch im Volksboten und anderen Gremien

wird die Unidebatte nicht mehr so einfach und stereotyp betrieben, wie es die Tagespresse doch gerne hätte, und man versucht, nun die Dinge zu differenzieren. Schon Abgeordneter Hugo Gampor hat in einem Radiointerview zum Gleichstellungsgesetz erklärt, er könnte sich hier universitäre Einrichtungen vorstellen, jetzt sitzen wir auf Einladung der Arbeitnehmer hier, was sicher auch parteintern etwas in Bewegung bringen könnte; man muß also sagen, daß hier ein Umdenken stattfindet, nur ist der Umstand, daß man jetzt so vieles in der Hand hat, so daß die Universität keine spezifische Gefahr mehr darstellt, auch noch zu bedenken. Man ist sich sicher, daß man das Meiste in den Griff bekommen wird, sodaß die hinter der Landesregierung stehende Partei ruhig dieses Risiko eingehen kann; vorher hat man sich vehement dagegen gesträubt, und es war keine demagogische Äusserung schlecht genug, um sich hier gegen die Uni zu stellen und jetzt, wo man sieht, daß man die Sache schon schaukeln wird, nun natürlich kann man den Leuten eine kleine Freude bereiten.

Dr. BRUNO HOSP (Landessekretär der SVP)

Ich möchte im Namen der SVP danken für die Einladung zu diesem Podiumsgespräch. Ich glaube, daß die Arbeitnehmerschaft hiermit einen wesentlichen Schritt dahingehend getan hat, daß man mit den Südtiroler Hochschülern als einen sehr wesentlichen und unbestrittenen Faktor für die Zukunft unseres Landes hier begonnen hat mit der Abwicklung einer Diskussion über lebenswichtige Bereiche. Und ich glaube, es ist die schlechteste Form der Zusammenarbeit, wenn man nicht redet und im umgekehrten Sinne wohl die denkbar beste, wenn man redet, und damit wurde meines Erachtens hier ein wesentlicher Schritt getan. Ich muß vorwegnehmen, daß ich wegen einer unaufschiebbaren Verpflichtung

FORUMDISKUSSION ZUM THEMA:
'AUSSETZUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH'

Dr. ERINO HOSP (Landessekretär der SVP)

gestern nicht habe dabei sein können, dennoch bin ich nicht überrascht, daß man auf die Themen Uni Fezen und universitäre Strukturen zu sprechen kommt. Aber schließlich und endlich sind die Themen da, damit man über sie diskutiert.

Ich glaube nicht fehl informiert zu sein, wenn ich zum konkreten Thema Arbeitsmarkt im akademischen Bereich sage, daß momentan die Situation für die Südtiroler aus den sicherlich gestern bereits diskutierten Gründen nicht die schlechteste ist. Das heißt, im Jahre 1978 waren von den 600 arbeitslosen Jugendlichen in Südtirol nur etwa knapp 10 % Südtiroler, das heißt Angehörige der deutschen und ladinischen Sprachgruppe, und der Rest Angehörige der italienischen Sprachgruppe. Ich möchte damit nicht sagen, daß das ein Positivum wäre, denn auch die italienische Mitbürgerschaft in Südtirol muß in unsere Sorge um die Vollbeschäftigung miteinbezogen werden, denn nur dadurch ist der soziale Friede und der Bestand eines Friedens denkbar. Nachdem wir uns aber über den konkreten Bereich des Arbeitsmarktes für die deutsche und ladinischsprachenden Südtiroler im akademischen Bereich, wie ich hier zu folgern wage, auseinandersetzen, gilt es festzustellen, daß von den 10 %, die auf die Südtiroler entfallen, im akademischen Bereich derzeit so gut wie keine Arbeitslose sind.

Wir kennens alle das Supplentenproblem. Wenn wir zusätzlich das beängstigende Wirtschaftswachstum in Betracht ziehen, das hier seit 1 oder 2 Jahren wohl von allen verantwortungstragenden Kräften Südtirols

festgestellt wird und gerade in jüngster Zeit zu heftigen Grundsatzdiskussionen geführt hat, so glaube ich, müssen wir doch Angst davor haben, daß wir in eine Schere zwischen Geburtenrückgang und Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren hineingeraten, die uns momentan noch Zeit läßt, zu planen, aber nicht mehr lange.

Ich möchte nicht von einer langfristigen, sondern eher schon von einer mittelfristigen Planung sprechen und hier glaube ich, wird es - hier widerspreche ich viel leicht manchen Meinungen von gestern - gerade auch darauf ankommen, die Oberschulübertrittsquote wahrscheinlich zu reduzieren, die heute an die 60 % ausmacht und die nach Stilllegung in etwa 5 bis 8 Jahren sicherlich herantgedrückt werden müßte, damit wir das Wirtschaftswachstum drosseln beziehungsweise die Arbeitskräfte auch in die Arbeitswelt hineinbringen. Hier glaube ich, wird es einfach notwendig sein, daß wir nicht auf Lenkungsmaßnahmen, denen wir alle unsere Absage erteilen, sondern ganz einfach durch Beratung bereits in den Mittelschulen darauf hinarbeiten und - die ersten Schritte hierfür sind wohl schon durch die Ausweitung des Berufsbildungswesens bereits erfolgt, - darauf hinweisen, wie wichtig es ist, auch andere Arbeitsbereiche in unserer Heimat auszufüllen, als unbedingt auf Matura- und Hochschulabschluß hinzusteuern. Momentan ist es - wie gesagt - noch nicht akut, ich bin aber überzeugt, daß in wenigen Jahren aufgrund des Geburtenrückgangs und des schwer zu bronzenen Wirtschaftswachstums auch wir uns berechtigte Sorgen machen müssen, um gleichzeitig nicht in eine latente Arbeitslosigkeit hineinzuverfallen, die bereits unsere italienischen Mitbürger in Südtirol zu beklagen haben.

Hiermit möchte ich lediglich eine Diskussionsgrundlage mitliefern, freue mich

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

Dr. BRUNO HOSP (Landessekretär der SVP)

in der anschließenden Diskussion das eine und andere zu hören. Ich glaube bereits herausgehört zu haben, daß sich die Diskussion etwas abseits von diesem gestellten Thema einsteuern wird, aber wir sind ja da zur Diskussion und ich nehme an, daß wir alle bereichert zumindest insofern aus der Diskussion herausgehen, als wir gemeinsam uns zu einer Meinung durchzuringen versuchen. Den Bildungsrückstand auszugleichen, das ist ein Problem, das wir wohl alle wollen, aber unabhängig davon möchte ich doch zu bedenken geben, daß die mittelfristige Zukunft sicherlich bedroht ist von jenen Faktoren, die ich aufzuzeigen versucht habe.

Ich bin bereit, in der Diskussion das eine oder das andere zu den hier angeführten Thesen zu erläutern.

Dr. D. LUKESCH
(Universität Innsbruck)

Wenn ich dazu Stellung nehmen kann: Ich sehe, daß wohl bei einer Reihe von Teilnehmern die gestrige Diskussion nachdrücklich gewirkt hat, daß man seinen gewissen Mut durchaus erkennen läßt, in das tertiäre Bildungswesen einzusteigen. Was man vielleicht zu wenig in der Diskussion sieht, ist der Aufholprozeß, den Südtirol in seinem Bildungssystem getan hat, und was man vielleicht auch zu wenig sieht, ist das Problem der Oberschulreform. Senator Mitterdorfer hat bereits gesagt, daß sich die Oberschulreform nur sehr vage abzeichnet, möglicherweise kommt es gar nicht so, wie es jetzt auf dem Papier steht. Ich glaube aber doch,

daß es einen gewissen Zug dazu gibt, in Italien und damit auch in Südtirol, das Bildungsniveau, zumindest formal, einmal so anzuheben, daß jeder mit einer Matura abschließt. Man vergißt aber dabei, daß diese Maturanten durch die neue Oberschule auch eine berufliche Kompetenz bekommen sollen, und gerade dieses Ziel scheint mir in der geplanten Reform nur sehr schwer verwirklichtbar. Mir ist dieses System viel zu arbeitsweltfremd, wenn ich das vielleicht so ausdrücken darf, es ist mir auch zu rigide, was die Ausstiege, die Zwischenabschlüsse anbelangt, und es paßt wahrscheinlich sehr schlecht auf das in Südtirol institutionalisierte Berufsausbildungssystem, das ja dem Lande vorbehalten ist. Es ist möglicherweise eine Verbesserung aus der Sicht des italienischen Berufsbildungssystems, weil es da tatsächlich im Argen liegt. Dieses Berufsbildungssystem ist ja ein Grund für die Arbeitslosigkeit, die es in Italien gibt, da es an beruflicher Kompetenz mangelt. Zur Arbeitslosigkeit muß ich noch etwas nachtragen, weil es gesagt werden muß. Es ist richtig, daß im Zuge der Bildungsexpansion die Akademisierung zugenommen hat (es ist auch richtig, daß die Arbeitslosigkeit unter Akademikern in einigen Ländern vorhanden ist), alle verfügbaren Statistiken zeigen aber, daß die Arbeitslosigkeit unter Akademikern geringer ist als die Arbeitslosigkeit unter Nichtakademikern. Die Arbeitslosigkeit ist also umso höher je niedriger die Ausbildung ist und es ist auch sehr verständlich, wenn man das Einstellungs- und vor allem das Anstellungsverhalten, das Kündigungsverhalten der Beschäftigten sich vor Augen führt. Hoch- und höherqualifizierte Mitarbeiter sind die letzten, die gehen müssen. Die Arbeitslosigkeit in Europa, das Beschäftigungsproblem hat ganz andere Ursachen. Es ist kein Problem der Überqualifikation unserer Beschäftigten; es hat Nachfragestrukturursachen, es hat Rohstoffkrisenursachen,

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

Dr. D. LUKESCH
(Universität Innsbruck)

es hängt von der Konkurrenz der Dritten Welt auf industriellem Gebiet ab. Wir machen unsere Märkte auf, weil wir eingesehen haben, daß wir sie aufmachen müssen, daß dies eine wirksame Methode der Hilfe darstellt und nehmen diese Strukturprobleme in Kauf. Das hat vielleicht auch Ursachen in den relativ geringen Innovationen, die in unseren Wirtschaften im letzten Jahrzehnt stattgefunden haben.

Und nun zur Universitätsfrage hier im Lande. Hier gibt's offenbar Mißverständnisse, Fehlinterpretationen, was die Aussagen der Referenten von gestern anbetrifft. Clement hat ihnen gestern gezeigt, welche alternative Möglichkeit es zum traditionellen System einer Universität geben kann, eine Fülle von neuen Aufgaben und Dienstleistungen, die eine Universität einer Gesellschaft bieten kann, die weit über das hinausgehen, was wir heute von der Standarduniversität verlangen. Das gilt also nicht nur von den Lehrinhalten, von den Teilnehmern und Besuchern einer solchen Universität, das betrifft auch die Organisationsform. Clement hat auch dargelegt, daß von dieser Vielzahl von möglichen Ansprüchen, die eine Gesellschaft an eine Universität haben kann, aus gesehen, eine Universität hier im Lande durchaus am richtigen Platz wäre. Das ist gesagt worden, ganz klar. Vielleicht ist zu wenig beachtet worden, daß solche neue Universitätsstrukturen in Europa, auf der Welt überhaupt, höchstens vereinzelt und im Experimentierstadium derzeit existieren, daß sie durch aus nicht die universitäre Realität des Durchschnittes in der Bundesrepublik et-

wa, des Durchschnitts in Österreich oder Italien oder sonst wo sind. Er hat also offenbar gemeint, wenn man an die Frage einer Universität denkt, dann muß man ein ganz neues Organisationsmodell, an ein neues Aufgabengebiet denken und neue Strukturen schaffen, die anders sind als die bisherige traditionelle Universität. Er hat auch in einer Wortmeldung gemeint, daß vom bildungsökonomischen Standpunkt her - es ist ja ein Forschungsstandpunkt (und dazu bekenne auch ich mich), der bis zu einem gewissen Grad zunächst einmal ein technologischer, ein wertfreier ist, eine Universität zu befürworten wäre. Natürlich bedürfen solche Überlegungen dann auch einer Bewertung. Ich glaube, die Bewertung ist durch ihn vor allem vom kulturpolitischen Standpunkt her nicht erfolgt oder jedenfalls nicht vollständig erfolgt. Hier sind ganz bestimmte Überlegungen ausgelassen worden, die für das Land und für die Gründer von Universitätsstrukturen vielleicht auch eine Rolle spielen mögen.

Wenn ich jetzt schon ein bißchen in die zweite Runde hineingehen darf, dann möchte ich vor allem auch Dr. Hosp ansprechen und meinen, wir sollten uns diese Politik, die in den letzten Tagen von den Verantwortlichen im Lande programmatisch aufgelegt worden ist, ein bißchen überlegen und zumindest nur als mittelfristige Strategie ansehen. Geburtenrückgang, das ist sicherlich nicht der Grund, um künftig hin das Wachstum zu bremsen, denn die Zahlen, die wir haben, sprechen eine andere Sprache. Sie sagen aus, daß das Arbeitskräftepotential in Zukunft steigen wird und sie sprechen darüber, daß dieses Arbeitskräftepotential eine steigende Qualifikation haben wird. Mehr Menschen werden also bessere Arbeitsplätze suchen. Meiner Meinung nach ist so was nur durch strukturpolitische Maßnahmen am Arbeitsmarkt zu bewältigen, d. h. also, wir brauchen wahrscheinlich mehr und bessere Ar-

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

Dr. D. LUKESCH
(Universität Innsbruck)

beitsplätze und das bedeutet eine ganz gezielte Arbeitsmarktpolitik, die doch auch bis zu einem gewissen Grad auf Wachstum programmiert sein muß. Sicherlich unter all den Nebenbedingungen eines qualitativen Wachstums, also einfach unter Nebenbedingungen, die Lebensqualität nicht reduzieren sollte.

Dr. Hellmuth LADURNER
(Amt für Bildungsplanung)

Ich bin froh über die Ausführungen von Dr. Lukesch, weil ich den Eindruck hatte, daß die Akzente in der Diskussion bis zur Stellungnahme von Dr. Lukesch sich doch etwas zu einseitig gesetzt hatten. Man hat sich in den einzelnen Stellungnahmen - zwar verständlich - zu stark auf die Problematik der Universität verlegt, wobei dies eigentlich gar nicht im Sinne - so wie ich es verstanden habe - der Ausführungen von Professor Clement war, weil er ja die Universität in einen viel weiteren Zusammenhang gestellt hat und dieser weitere Zusammenhang ist in den einzelnen Wortmeldungen nicht entsprechend zu Wort gekommen. Ich möchte allerdings positiv vermerken, daß es gelungen ist, die Südtiroler Hochschülerschaft mit der SVP über diese für Südtirol doch wichtige Frage zu einem Gespräch zusammenzubringen. Ich hoffe auch, daß dieses Gespräch vielleicht der Anfang sein kann für eine nähere analytische Behandlung dieser Problematik innerhalb der SVP. Ich habe mich mit diesem Problem fast ein Jahrzehnt jetzt beschäftigt und möchte fast aus einem historischen Verständnis heraus sagen, daß ich doch

- obwohl die Standpunkte allem Anschein nach sehr weit auseinandergegangen sind - neue und interessante Aussagen der Exponenten der SVP festgestellt habe. Wenn ich Landesrat Zelger richtig verstanden habe, ist er für eine Einrichtung, die postsekundäre oder postuniversitäre Ausbildung in Südtirol betreibt. Er hat noch hinzugefügt, daß das ganze Universitätsproblem neu zu überdenken ist, wenn die Ausbildung der Grundschullehrer und der Kindergärtnerinnen durch das Reformgesetz über die Hochschule erfolgen soll. Wenn man noch hinzu nimmt, daß - soweit ich informiert bin - doch Gespräche und Verhandlungen über eine zwischenstaatliche Vereinbarung in diesem Bereich laufen, dann glaube ich, ist doch ein Rahmen abgesteckt, der weitergeht als er bisher von seiten der SVP vertreten ist. Ich wäre sehr glücklich, wenn man versuchen könnte, von diesem ja doch breiter gesteckten Rahmen ausgehend, das Problem des tertiären Bildungsbereiches in diesem weiteren Sinne, wie es Professor Clement versucht hat, zu diskutieren, zu analysieren und vielleicht Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Auch in Hinblick auf die Aussagen, die - wie Senator Mitterdorfer berichtet hat - Ministerpräsident Cossiga gemacht hat, daß das Land weitere Zuständigkeiten auf dem Sektor der Hochschule bekommen soll. Ich glaube, daß es dringend notwendig wäre, daß ein Hochschulkonzept bzw. des tertiären Bildungssektors erstellt wird, um auch zu wissen, welche Kompetenzen man dann vernünftigerweise fordern soll. Die Hochschulreform wird - wenn sie auch schrittweise verwirklicht werden wird - also auf mehrere Jahre in Italien zur Diskussion stehen und ich glaube, es wäre doch auch eine Aufgabe der SVP, wenn sie die Vermittlungsfunktion zwischen dem deutsch- und italienischen Sprachraum wahrnehmen will, Vorschläge und Konzepte in die Universitätsdiskussion im Parlament einzubringen, die über die rein spezifischen

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

Dr. Hellmuth LADURNER
(Amt für Bildungsplanung)

Fragestellungen Südtirols hinausgehen, d. h. also Konzepte vorzutragen, die im deutschen Sprachraum erarbeitet worden sind und die noch den Vorstellungen der SVP in Gesamtitalien auch verwirklicht werden könnten und sollten.

GÜNTHER PALLAVER (Ex-Vorsitzender der SH)

Gestern hat Fr. Frasnelli bei seinen einleitenden Worten einige sehr wichtige Sachen gesagt. Erstens einmal hat er das Recht auf Arbeit und das Recht auf Bildung betont. Sodann hat er gemeint, daß die Ansichten der Hochschulfrage zwischen SVP und SH doch nicht soweit auseinandergehen. Ich glaube allerdings, daß dies nicht ganz stimmt und daß dies wohl mehr als Wunsch aufzufassen ist. Man kann natürlich auch rein auf die bildungsökonomischen Aspekte der Akademikerausbildung eingehen, aber darüber haben wir bereits gestern ausführlich gesprochen. Ich möchte deshalb den Schwerpunkt auf die Universitätsfrage hinlenken. Die SVP hat natürlich ihr Konzept in der Hochschulpolitik, aber dieses Konzept liegt auch nicht öffentlich vor, denn wir wissen ja, daß die "stillen pragmatischen Lösungen immer die besten sind". Die Volkspartei hat - wie gesagt -, ein Hochschulkonzept und ich zitiere hier ein Papier des Landesrats Benedikter: "Grundzüge der Südtiroler Universitätspolitik", in dem festgehalten wird, daß der Kern der Südtiroler Universitätspolitik darin liegt, die Universität Innsbruck zur Landesuniversität für Gesamt-Tirol zu entwickeln. Dann natürlich kommt man zwangsläufig

neben vielen anderen Aspekten auf die Universität Trient zu sprechen und hier möchte ich nur einen Punkt herausstreichen, nämlich, daß die Überlegung gemacht wird, einen regionalen Universitätsrat einzurichten, der zweigeteilt werden soll, und zwar einen für die Provinz Trient und einen für die Provinz Bozen. Diese Zweiteilung hat zwangsläufig auch eine ethnische Trennung zur Folge. Die italienischsprachige Bevölkerung sollte ihre Universität in Trient haben, während die deutschsprachige Bevölkerung unter Umständen Strukturen im Lande selbst haben könnte. Das Konzept läuft deshalb auf eine ganz gezielte ethnische Trennung hinaus.

Dagegen werden wir uns von der SH mit aller Vehemenz zur Wehr setzen und uns dagegen aussprechen. Ich möchte auch noch eine konkrete Frage stellen. Es laufen seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen Österreich und Italien, um das ominöse Kulturabkommen, in dem es auch die Zusammenarbeit zwischen österreichischen und italienischen Universität geht, endgültig zu verabschieden. In bezug auf die universitäre Zusammenarbeit ist dieses Abkommen bei früheren Verhandlungen immer gescheitert, weil man der Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Innsbruck und Padua einen Ausschließlichkeitscharakter einräumen wollte. Im Oktober wird nun diese Frage wieder diskutiert. Ich möchte also den Herrn Senator oder auch den Landessekretär der SVP fragen, welche Vorstellungen zu dieser Frage herrschen und ob man sich auch getraut, über diese Frage öffentlich zu diskutieren. Für uns wäre es natürlich höchst interessant, darüber mehr zu wissen, gerade auch weil man über die Hochschulreform nicht diskutieren will, ohne die direkt Betroffenen miteinzubeziehen und sich mit diesen auseinanderzusetzen. Solange einem also immer die "stillen pragmatischen Lösungen" vor die Nase geknallt werden, darf man auf der anderen Seite nicht verlangen,

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

GÜNTHER PALLAVER (Ex-Vorsitzender der SH)

daß man in eine kooperationswillige Diskussion in der Hinsicht so ohne weiteres einsteigt, zumal wir hier äußerst schlechte Erfahrungen gemacht haben. Mit der heutigen Diskussion ist aber ein Ansatz da.

SENATOR Dr. KARL MITTERDORFER (SVP)

Ich möchte zunächst nicht auf diese letzte Frage eingehen. Ich muß zuerst noch eine generelle Bemerkung machen. An sich ist der Ton, der hier herrscht, erfreulich. Für einen Politiker ist es natürlich auch sehr reizvoll, einmal mit recht scharfen Worten zu reden, weil das sofort Zustimmung weckt. Aber damit haben wir keinen sachlichen Beitrag geleistet. Das Gerede von den heiligen Kühen und der Flickwerkpolitik bringt uns eben in der Sache nicht weiter. Ich möchte in der Universitätsfrage einige Punkte kurz herausgreifen, weil sie hier wiederholt angeklungen sind. Das, was Prof. Clement gestern dargelegt hat, waren ja Überlegungen zu einer Universitätsreform. Er wollte also einen neuen Typ der Universität, der heute notwendig ist, uns darlegen, einen Typ, der elastisch genug ist, um sich allen möglichen Situationen anzupassen. Er hat ein Modell vor uns entwickelt und hat gesagt, dieses Modell könnte für uns hier in Südtirol gutgehen und ich kann ihm da weitgehend auch zustimmen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es dieses Modell heute weder in Österreich oder in Deutschland noch in der Schweiz gibt. Wir sind immer noch gebunden an die starren und festen Strukturen

der alten Universitätsordnung. Clement hat viele Anregungen bekommen in England, wo eben keine fixen Strukturen da sind. Dort hat er die Möglichkeit dieser anpassungsfähigen Universität gefunden, die die neuen Aufgaben dieser permanenten Ausbildung übernehmen kann. In Frankreich hat er auch etwas gefunden, weil ein Gesetz von 1971 die Möglichkeit gibt, durch Konventionen, die zwischen verschiedenen öffentlichen und privaten Institutionen getroffen werden können, ein System zu schaffen, das eben auch angepaßt ist an die Bedürfnisse der Gesellschaft und Wirtschaft.

Nun ist das bei uns aber nicht. Machen wir uns doch keine Illusionen, daß wir mit unseren 7 Abgeordneten, die wir insgesamt sind im Parlament auf 1.000, imstande sein könnten, hier für das System entscheidende Änderungen durchzusetzen.

Wir können zwar versuchen, Bestimmungen für unsere besonderen Bedürfnisse, wenn sie keine Präzedenzfälle darstellen, einzubauen. Dies kann man allerdings in einem gewissen Ausmaß auch erreichen, aber daß wir in der Systematik der ganzen Reform irgendwas Entscheidendes beitragen können, das müssen sie verstehen, daß das nicht geht. Wir können natürlich Vorschläge machen, die unter Umständen gar nicht diskutiert werden, weil die Entwürfe ja meistens schon vorher zwischen den Parteien vereinbart werden, bevor sie ins Parlament kommen.

Nun muß ich auch etwas betonen, was ich immer gesagt habe, daß wir nämlich universitäre Strukturen für spezifische Belange brauchen, die die österreichische oder italienische Universität einfach nicht bietet. Die Brixner Supplentenkurse waren ja auch ein Versuch in diese Richtung, der etwas gebracht hat. Solche Versuche wie z. B. ein Abkommen zwischen den Universitäten ist natürlich auch denk

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

SENATOR Dr. KARL MITTENDORFER (SVP)

bar. Dieses Universitätsabkommen ist ja nicht bei uns in der Schublade liegengeblieben, sondern bei der italienischen Regierung, die vier Jahre gebraucht hat um festzustellen, daß es in dieser Form nicht geht. Wir wissen auch genau, warum sie dies festgestellt hat. Trient hat nämlich eingegriffen, das ja auch mit von der Partie sein will. Der neue Entwurf verallgemeinert demnach diese Dinge. Wobei ich sagen muß, daß die Universitätsreform vorsieht, daß zwischen italienischen und ausländischen Universitäten Abkommen getroffen werden können, die den Zweck haben, die Zusammenarbeit zu fördern und Ausbildungsgänge vorzunehmen, Dozenten auszutauschen und Studientitel anzuerkennen. Das ist also nichts Neues, was das Abkommen zwischen Österreich und Italien bringt. Es bleibt zu hoffen, daß uns das Abkommen die Möglichkeit gibt, das zu realisieren, was wir brauchen. An diesen Bedürfnissen müssen wir uns orientieren und nicht an allgemeinen großen Gedanken, bzw. wie man sich mit der anderen Volksgruppe zusammenrauft. Hier geht es darum, daß wir zunächst einmal unsere Bedürfnisse tatsächlich befriedigen können. Ich höre von importierter Kultur. Dazu laßt mich nur eines sagen: Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn wir meinten, wir könnten unsere eigene Kultur gewissenmaßen blutarm, blutleer, als Wurmfortsatz eines großen Kulturraumes entwickeln. Wir können unsere Kultur und unsere Eigenständigkeit sicher nur entwickeln, wenn wir den lebendigen Zusammenhang und Fluß mit unserem Kulturraum haben, in dem wir drinnen sind. Erst wenn wir als Volksgruppe in unserem uns

zustehenden Raum gesichert sind, ist die Öffnung anderen gegenüber eine Selbstverständlichkeit und auch eine Notwendigkeit. Aber glaubt ihr, daß wir ohne Verbindung zum deutschen Kulturraum oder eingeschränkt auf unsere eigene kulturelle Aktivität imstande sind, diese unsere Eigenständigkeit zu erhalten? Ich bin sicher, daß uns das nicht gelingt. Für mich war es immer wieder interessant zu sehen, wie sehr z. B. die Kommunistische Partei sich für diese Dinge einsetzt, etwa für die gewünschte zweisprachige Universität, nach der alten Struktur und nicht nach der von Prof. Clement entwickelten, und wie sehr es gerade die sind, die sagen, ihr müßt unbedingt eine eigene Kultur entwickeln.

Das ist meines Erachtens eine ganz gefährliche Idee, wenn sie Platz greift, denn nur aus dem lebendigen Austausch mit unserem Kulturraum können wir unsere Eigenständigkeit erhalten. Auf diese unsere Eigenständigkeit kommt es an und ich glaube, daß dies die Voraussetzung für diese ganze Diskussion sein muß.

CHRISTOPH v. HARTUNGEN (SH)

Ich möchte auf die Argumentation von Dr. Hosp näher eingehen. Weil man das Wirtschaftswachstum nicht mehr kontrollieren kann und infolge der Konjunkturenwicklung auf einmal einheimische Arbeitskräfte fehlen und man Angst haben muß, daß Arbeitskräfte importiert werden, wird nun auf ein Mal die ganze Problematik auf die einfachen Schichten und auf die Arbeiter abgewälzt. Auf einmal sollten diese nicht mehr studieren können, damit der Fremdenverkehr seine billigen Arbeitskräfte hat, so einfach kann man sich das nicht machen. Früher hat man qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht, da sollen alle fest studieren, jetzt sind sie auf einmal nicht mehr notwendig, da wird an

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

CHRISTOPH v. HARTUNGEN (SH)

allen Ecken gebremst. Ich erinnere an den Artikel von Dr. Rudi Rainer im Volksboten zum Schulanfang und an ein Radio-interview von Dr. Zelger. Nicht zuletzt ist es auch ein soziales Problem, denn wer hat denn heute in Südtirol einflußreiche Positionen in der Öffentlichkeit: nur studierte Leute. Die subalternen Klassen haben nie eine Chance, wenn sie nicht studieren können. Da braucht man nur z. B. die Politik hernehmen, wenn man nicht Maturant oder Doktor ist, dann bleibt man immer in der subalternen Lage. Deshalb ist es eine sehr unsoziale Haltung, wenn man mit allen Mitteln Bildung verhindern will. Man kann zwar sagen, daß man nicht lenkt: wenn man aber über die Presse klipp und klar sagt, du brauchst nicht studieren, wir brauchen studierte Leute nicht, dann ist dies Lenkung, und was für eine!

Zum Schluß bricht hier immer wieder die latente Bildungsfeindlichkeit in der Südtiroler Öffentlichkeit durch. Das war schon so zum Schluß des letzten Jahrhunderts, wo in Tirol die Revolution ausgebrochen ist, weil man die 8-jährige Volksschule eingerichtet und Naturkunde unterrichtet hat. Als ich acht Jahre alt war, wurde die Einheitsmittelschule eingeführt. Dabei haben die Volksschullehrer im Unterricht ihren Ärger ausgelassen, weil alle Fratzen studieren gehen.

Wenn man schon gegen Bildung ist, so muß zumindest die Gesellschaft so ausgerichtet sein, daß auch ein Mensch, der weder Matura noch Universitätsstudium hat, genauso in der Öffentlichkeit Einfluß neh-

men kann wie einer mit Studium.

Dr. BRUNO HOSP
(Landessekretär der SVP)

Ich möchte zunächst einmal damit replizieren, daß mein Vorredner eigentlich eine sehr schlechte Ansicht hat über Mitbürger, die in einfacheren Arbeitsbereichen als jenen der Akademiker arbeiten.

Ich möchte vollkommen abstreiten, daß diese Leute in der Südtiroler Öffentlichkeit nichts zu melden haben. Wenn ich weiters sage, daß in Südtirol - und dies nicht nur aus Verschulden der Sammelpartei, sondern aufgrund der Entwicklung auch um uns herum - das Wirtschaftswachstum nun einmal auch eine gewisse Sättigung erreicht hat und wir rechtzeitig versuchen nach einer Bremsung Ausschau zu halten, dann wäre das auch schon wieder kritikwürdig. Und wenn ich sage, daß wir versuchen müssen, mittelfristig - ich habe eben von kurzfristig geredet - durch Beratung darauf einzuwirken, die Arbeitsplätze, die in der Wirtschaft frei sind, bzw. frei werden, sowie die Arbeitsplätze in der unteren und mittleren Laufbahn der Staatsdienste auch ansprechend für unsere Mitbürger hinzustellen, dann kann man mir dies doch nicht so auslegen, als würden wir praktisch hier subalterne Klassen unterdrücken.

(Ich meine, es ist ja ganz recht, daß Sie hier mit Parolen herumwerfen, die Sie irgendwo gelernt haben, wo Sie glauben daheim zu sein. Ich glaube aber, daß wir uns das nicht vorwerfen lassen müssen, wenn wir für eine gesamte Harmonie der Wirtschaft sind. Wir lassen uns den Spieß nicht nach der altbewährten Methode jener Ideologien, die heute Gott sei Dank in den meisten Orten, vor allem bei den jungen Leuten, überholt zu sein scheinen, umdrehen.)

PODIUMDISKUSSION ZUM THEMA:
"AUSBILDUNG UND ARBEITSMARKT
IM AKADEMISCHEN BEREICH"

Dr. BRUNO HOSP

(Landessekretär der SVP)

Im Gegenteil, wir möchten, daß jeder in seiner Heimat einen würdigen Arbeitsplatz hat und jeder in seiner Heimat einen Arbeitsplatz hat mit Ansehen und er für seinen Arbeitsplatz auch den entsprechenden Lohn bekommt und ähnliches mehr.

Und wenn das Arbeitsplatzwachstum in Südtirol nun einmal im Bereiche der Jahre 1971 bis 1978 0,74 % ausgemacht hat und zum Unterschied vom nationalen, welches nur bei 0,4 % gelegen ist, dann müssen wir einfach als Verantwortungstragende, da rede ich nicht nur von der Sammelpartei, sondern auch von Ihnen allen, verehrte Zuhörer, in gemeinsamer Anstrengung versuchen, hier das rechte Lot wiederzugewinnen: Nicht durch Lenkungsmaßnahmen, wie Sie sie mir angekreidet haben, als hätte ich die propagiert, sondern durch überzeugende Maßnahmen, das geht nun einmal nicht anders und wenn durch diese Prozentsätze, die ich hier genannt habe, es morgen notwendig sein wird, provinzfremde Arbeitskräfte herbeizuholen, nachdem bei uns derzeit die Vollbeschäftigung ja schon erreicht zu sein scheint und wir eher die Sorge haben müssen, die Vollbeschäftigung zu erhalten, als noch zusätzliche Arbeitskräfte anzuwerben, glaube ich, kann man es mir nicht so auslegen, als würde ich hier Negatives gegen die subalternen Klassen sagen, die es bei uns in Südtirol eigentlich gar nicht gibt. Wir sollten eigentlich soviel menschliches Gefühl haben, alle gleich zu sein, ob einer nun Arbeitnehmer oder Akademiker ist.

Ich glaube, das ist nur eine gewisse Über-

heblichkeit, die da auf dem Boden jener wächst, die Unfrieden in eine verhältnismäßig friedliche Situation hereinzutragen bemüht sind. Die SVP ist nicht abgeneigt, über die Hochschule oder über universitäre Strukturen zu reden. Es wird ja viel mit unseren Hochschülern geredet, aber die Führung der Südtiroler Hochschülerschaft hat sich in den letzten Jahren immer nur ausschließlich bemüht, politisch zu sein, progressiv zu sein und Ideologien nachzuhängen, die die meisten Hochschüler mittlerweile als überholt betrachten und nach neuen Aspekten suchen.

GÜNTHER PALLAVRER (Ex-Vorsitzender der SH)

Das lassen wir auf uns nicht sitzen!

* * *

In der Folge versuchten alle Diskussions Teilnehmer ihren Standpunkt noch näher zu präzisieren, wobei aber keine neuen Gesichtspunkte zu Tage traten. Zum Schluß wurde noch betont, daß Gespräche dieser Art von größtem Nutzen sein könnten.